



AUS UNSERER ARBEIT 2022

Umgang mit Krisen



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Gefangen im Dilemma oder Willkommen im Club!? Ein Blick durch die ökonomische Brille auf Klimaschutz und internationale Klimaschutzverhandlungen



ARBEIT & SOZIALES

Niemanden zurücklassen. Soziale Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen fördern



STADT- & LANDENTWICKLUNG

Resilienz in der Landwirtschaft. Weltweite Ernährungskrise



UMWELT & DIGITALE WELT

Blühwiesenromantik oder realistischer Blick auf die Klimakrise. Ist Schöpfungstheologie zu romantisch?



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Klima, Corona und Krieg: Wie junge Menschen in Krisenzeiten mit Hoffnung die Zukunft gestalten



PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“

Ambivalenzen aushalten, Allianzen bilden! Antisemitismus- und Rassismuskritik verbinden

Inhalt

VORWORT 3

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Gefangen im Dilemma oder Willkommen im Club!?
Ein Blick durch die ökonomische Brille auf Klimaschutz
und internationale Klimaschutzverhandlungen 4

Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Jenseits von Angebot und Nachfrage.
Chancen und Grenzen des Marktes 6

ARBEIT & SOZIALES

Dr. Julia Dinkel
Niemanden zurücklassen! 8

Heike Miehe
Mobiles Arbeiten: Chancen nutzen, Risiken vermindern 10

UMWELT & DIGITALE WELT

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Blühwiesenromantik oder realistischer Blick auf
die Klimakrise. Ist Schöpfungstheologie zu romantisch? 12

Kathrin Saudhof
Heute bleibt die Kirche kalt.
Wie wir in der EKHN auf die Energiekrise reagieren 14

Miriam Heil, Cassandra Silk-Erb
Mit Hand und Herz zum Energiesparen.
Zwischenbilanz der Energiemission 16

Michael Grunewald
Gedanken rauschen wie ein Wasserfall ... 18

Lukas Spahlinger
An vielen Orten zugleich.
Herausforderungen in einer hybriden Welt 20

STADT- & LANDENTWICKLUNG

Dr. Maren Heincke
Resilienz in der Landwirtschaft.
Weltweite Ernährungskrise 22

Stefan Heinig
Engagement für ein bezahlbares Wohnen vor Ort 24

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Katharina Adams
Klima, Corona und Krieg: Wie junge Menschen in
Krisenzeiten mit Hoffnung die Zukunft gestalten 26

DEMOKRATIE STÄRKEN

Matthias Blöser
Ambivalenzen aushalten, Allianzen bilden!
Antisemitismus- und Rassismuskritik verbinden 28

AUS DER REGION

Annette Claar-Kreh, Dr. Rose Schließmann, Hannah Lieb
Spaziergang im Entdeckermodus – eine Einladung
an Kirchenvorstände und ihre Gäste.
Konzept für einen Orts- oder Stadtteilspaziergang 30

Nicole Nestler, Andrea Wagenknecht
Evangelisches Dekanat setzt auf mehr E-Mobilität.
Elektrische Ladestationen und ein Lastenrad
machen Lust aufs Radfahren 32

Sabine Allmenröder
Mut zur Veränderung.
Auf dem Weg zur klimaverträglichen Ernährung 34

STREIFLICHTER 36

PERSONALIEN 44

ADRESSEN 46

IMPRESSUM 47



Liebe Leserinnen und Leser,

welche Themen waren im letzten Jahr wichtig? Welche haben uns bewegt? Über diese Fragen kann man sicher diskutieren. Normalerweise! Doch das Jahr 2022 war kein normales Jahr.

Ereignisse von welt-politischem Rang haben uns alle in Atmen gehalten: Energie- und Klimakrise, Inflation, Pandemie, politisches Chaos in England, der Aufstand im Iran und vor und über allem natürlich Russlands Überfall auf die Ukraine. Von „Zeitenwende“ ist die Rede gewesen. Und in der Tat wird in einer Welt der Polykrisen die Frage immer drängender, wie wir zukünftig wirtschaften und arbeiten, ja gut zusammenleben wollen. Auch die Kirchen melden sich hier zu Wort, getragen von der Überzeugung, dass Frömmigkeit ohne Engagement für die Welt ein Widerspruch in sich birgt. Natürlich müssen und können die Kirchen nicht zu allem und jedem etwas sagen. Doch wie könnte man zu einem Gott beten, der die Welt aus Liebe geschaffen hat, und dann nur reine Innerlichkeit pflegen und der Welt auf diese Weise das Zeugnis dieser Liebe vorenthalten? Der fromme Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer hat das in seiner Zeit einmal so gesagt: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“

Auch wir haben uns daher im letzten Jahr wieder in religiöser Verantwortung für die Welt mit verschiedensten Themen beschäftigt. So u. a. mit ökonomischen Aspekten der Klimakrise (S. 4 und 14), mit den Chancen und Grenzen des Marktes (S. 6) und auch mit der Diskussion um die Verbindung von Antisemitismus- und Rassismuskritik (S. 28). Aber auch andere Themen, die schon längere Zeit wirksam sind, haben uns auf vielfältige Weise be-

schäftigt, z. B. die Resilienz in der Landwirtschaft (S. 22), die Digitalisierung in der Arbeitswelt (S. 10), die Frage nach bezahlbarem Wohnen (S. 24) und die Herausforderung, soziale Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen zu fördern (S. 8).

In unserer Arbeit hat uns dabei ein Wort Jesu aus dem 6. Kapitel Johannesevangelium begleitet. Es lautet:

„Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.“

Ein tröstlicher Zuspruch: Gott weist nicht ab, sondern lädt alle ein, sozusagen als ein großer Gastgeber, eine große Gastgeberin des Lebens – ohne Eingangskontrolle und Schlussrechnung. Gottes Einladung, seine Kraft zum Leben gilt allen! So ist Gott, wie er sich in Jesus zeigt: eine Lebenskraft, die Menschen satt macht an Leib und Seele. Keiner ist ausgeschlossen! Alle sind eingeladen, keiner bleibt „draußen vor der Tür“.

Wenn aber Glauben im Leben nicht folgenlos bleiben soll, enthält das Wort auch einen Anspruch an uns. Das biblische Wort wirkt dann wie eine Gegen-Vision gegen die Kultur der Abweisung, die sich in unseren menschlichen Gesellschaften immer wieder breitmacht. Nicht nur Diskussionen um die Flüchtlingspolitik, sondern auch Debatten um integrative Kindergärten oder Schulen zeigen, dass wir uns schwertun mit einer vorbehaltlosen Einladung. Wie offen sind wir eigentlich wirklich? Fragen wir uns selbst: Gibt es Menschen, die wir am liebsten abweisen würden, die wir nicht bei uns haben wollen? Welche sind das und was sind die

Gründe dafür? Und gibt es jemanden, zu dem wir uns selbst nicht trauen? Warum fürchten wir, dass wir von ihm oder ihr abgewiesen werden? Diese Fragen sind wichtig, wenn wir über den in Rede stehenden Glaubensanspruch ehrlich nachdenken wollen. Nicht um Mauern der Ablehnung, die vielleicht zwischen uns und anderen stehen, zu rechtfertigen. Sondern um die Ausgrenzung zwischen uns und anderen zu überwinden. Leicht ist das nicht, es ist ein Ringen!

Mit einem Glauben, der davon ausgeht, dass Gott nicht aufhört sich auf den Menschen in all seiner Ambivalenz, Zerrissenheit und Zwiespältigkeit in Liebe zu beziehen, keinen abweist, kann aber ein Ringen in die richtige Richtung entstehen – eine Kraft zum Leben in Gemeinschaft kann wachsen. Logisch ableiten lässt sich das nicht, aber vernünftigerweise glauben. Wenn wir es denn wollen, ist dann nämlich der einladende Gott mit seiner Lebenskraft genau genommen schon mitten unter und zwischen uns gemeinschaftsstiftend unterwegs. Die feministische Theologin, Carter Heyward, hat in ihrer ‚Theologie der Beziehung‘ dafür sogar ein Wort gefunden: „goddling“.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Christian Schwindt
Pfarrer und Oberkirchenrat,
Leiter des Zentrums
Gesellschaftliche Verantwortung

Gefangen im Dilemma oder Willkommen im Club!?

Ein Blick durch die ökonomische Brille auf Klimaschutz und internationale Klimaschutzverhandlungen

Viele Menschen, alt wie jung, fragen mit wachsendem Unmut, wie sie mit verschiedenen Dissonanzen beim Thema Klimawandel fertig werden sollen. Das betrifft sowohl die individuelle Ebene – man fliegt weiterhin, wenn auch jetzt mit Scham – als auch und vor allem die staatliche: Den wissenschaftlichen Arbeiten der Klimaforschung folgend gibt es jährliche Treffen in internationaler Gemeinschaft mit dem Ziel, die Erderwärmung zu begrenzen und Klimaschutz zu implementieren. Das sogenannte Kyoto-Protokoll von 1997 und das Pariser Abkommen von 2015 sind zwei Meilensteine in der Geschichte internationaler Klimaschutzbemühungen, denen sich ein Großteil der Staaten angeschlossen hat. Und doch ist das Ergebnis bescheiden – setzen, sechs!



von: Dr. Jennifer Achten-Gozdowski, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ j.achten-gozdowski@zgv.info

Warum also fallen Lösungsansätze und Maßnahmen beim Thema Klimaschutz so verhalten aus, wenn das Problem doch identifiziert und hinreichend bekannt ist? Warum steigen weltweit die Treibhausgasemissionen, obwohl alle Länder von sinkendem Ausstoß profitieren würden? Die meisten Ökonominnen und Ökonomen gehören in diesem Fall nicht zu dem sich wundernden Teil der Bevölkerung. Denn aus ökonomischer Sicht handelt es sich beim Klimaschutz um ein globales öffentliches Gut, und dies stellt alle Beteiligten vor ein Dilemma, das mit freiwilligen Selbstverpflichtungen und gut gemeinten Absichten nicht zu lösen ist.

Durch die ökonomische Brille: Was Klimaschutz mit Spieltheorie zu tun hat

Ein öffentliches Gut ist ein Gut, von dessen Konsum niemand ausgeschlossen werden kann und das nicht-rival ist. Ein einfaches Beispiel zur Veranschaulichung: Ein Deich schützt alle dahinter lebenden Personen gleichermaßen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Person zum Deichbau finanziell beigetragen hat oder nicht (= vom Konsum des Gutes „Deich“ kann niemand abgehalten werden). Und das Gut „Deich“ unterliegt keiner Rivalität im Konsum – der Deich schützt mich

und mein Haus unabhängig davon, wer gleichzeitig das Gut „Deich“ nutzt.¹ Aufgrund der geschilderten Charakteristika öffentlicher Güter ergibt sich aus ökonomischer Sicht ein Hauptproblem: Da keiner ausgeschlossen werden kann, besteht ein großer Anreiz, sich zwar am Konsum des öffentlichen Gutes zu beteiligen, nicht aber an dessen Finanzierung. Man spricht hierbei von „free-riding“, also von einem Trittbrettfahrerproblem. Oder anders ausgedrückt: Obwohl es kollektiv rational ist, sich an der Finanzierung zu beteiligen, um ein gewünschtes öffentli-

ches Gut bereitzustellen, ist es individuell rational, seine eigene Geldbörse geschlossen zu halten und die anderen zahlen zu lassen. Wenn nun alle so denken, führt es dazu, dass das öffentliche Gut gar nicht erst bereitgestellt wird, obwohl es alle wünschen und sich alle Beteiligten dadurch besser stellen würden (z. B. durch einen Deich, der Leib und Leben, Hab und Gut schützt). Diese Sorte Problem ist in der Ökonomie speziell durch spieltheoretische Forschungsarbeiten hinlänglich bekannt,² und wird als Gefangenendilemma bezeichnet. Freiwillige



BEISPIEL DEICH: ER SCHÜTZT ALLE DAHINTER LEBENDEN PERSONEN GLEICHERMASSEN. DIES GILT UNABHÄNGIG DAVON, OB EINE PERSON ZUM DEICHBAU FINANZIELL BEIGETRAGEN HAT ODER NICHT.

Absichtserklärungen, zum öffentlichen Gut beizutragen, erweisen sich nicht als stabiler Zustand, da eben individuell immer der Anreiz besteht, auszuscheren.

Dieser gedankliche Ansatz lässt sich nun sehr treffend auf den Klimaschutz übertragen. Auch wenn die Dimension sehr viel größer ist als beim Deichbau, besteht hier das gleiche (Gefangenen-) Dilemma. Klimaschutz ist ein globales öffentliches Gut, wovon alle Länder dieser Erde profitieren. Dies tun sie aber unabhängig davon, ob sie sich selbst am Klimaschutz aktiv beteiligen oder nicht. Und Klimaschutzmaßnahmen sind extrem teuer und politisch nicht immer leicht vermittelbar, sogar unbequem. Kollektiv gedacht ist es zwar rational, Klimaschutz zu betreiben. Individuell rational ist aber, es lieber die anderen machen zu lassen und selbst auf die zu tragenden Kosten und Mühen zu verzichten. Genau dieser zugrunde liegende Mechanismus scheint global eine große Rolle zu spielen. Freiwillige Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz (Kyoto, Paris) bleiben ohne Biss.

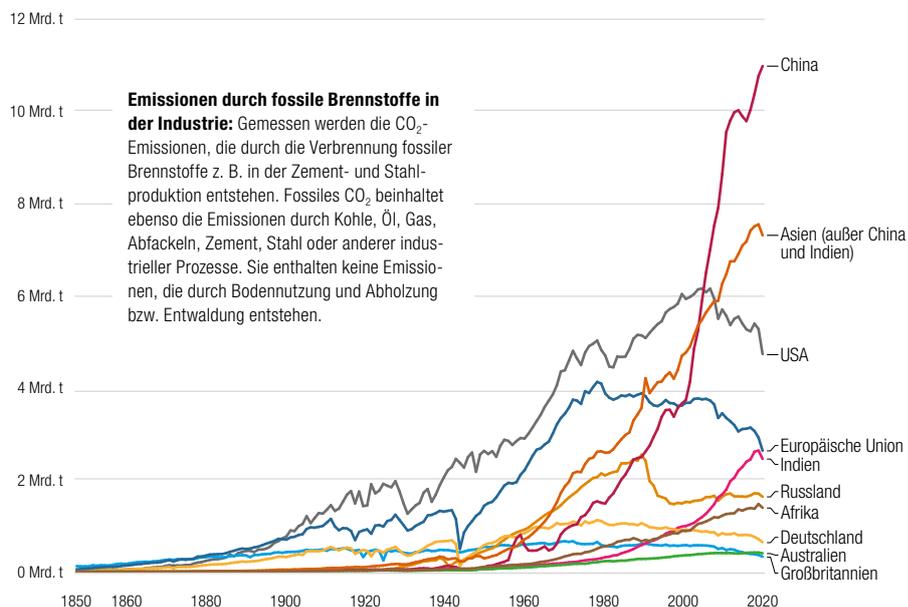
Lösungsvorschläge aus der Ökonomie

Um den Absprung aus einem Gefangenendilemma hin zu einer funktionierenden, verbindlichen und stabilen Kooperation zu meistern, gibt es verschiedene Ansätze. Im Falle des Deichbaus wäre ein möglicher Lösungsweg, das vorliegende Marktversagen anzuerkennen und stattdessen auf einen Staat zu setzen, der Steuern erhebt und damit die Bereitstellung des öffentlichen Gutes finanziert und sichert. Eine andere Möglichkeit ist, fehlende Eigentumsrechte und damit Verantwortungszuständigkeiten genau zu definieren und Gesetze zu formulieren, die sowohl Rechte als auch Pflichten schützen und durchsetzen – z. B. könnte ein Deich von einer Privatunternehmerin gebaut und erhalten, und alle dahinter liegenden Hausbesitzer zu einer jährlichen Zahlung verpflichtet werden.

Bei dem globalen Gut des Klimaschutzes liegt nun ein Lösungsvorschlag von Nobelpreisträger William Nordhaus auf dem Tisch, der der Interpretation von mangelhaftem Klimaschutz als Gefangenendilemma Rechnung trägt. Folgerichtig fehlen quasi alle Elemente freiwilliger Selbstverpflichtung. Nordhaus schlägt ei-

Jährliche CO₂-Emissionen

CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen und industrieller Nutzung. Bodennutzung ist nicht berücksichtigt



Eigene Darstellung. Quelle: Our World in Data based on the Global Carbon Project (2022)
OurWorldInData.org/co2-and-other-greenhouse-gas-emissions/ • CC BY / <https://github.com/owid/co2-data>

nen „Klimaclub“, also ein Clubmodell, zur Lösung vor. Fokuspunkt dieses Clubs ist ein internationaler, einheitlicher Mindestpreis pro Tonne CO₂, der für alle Länder, die Clubmitglieder sind, verpflichtend gilt. Die Teilnahme am Club ist zwar auf dem Papier freiwillig – allerdings wird das Leben für alle, die nicht teilnehmen, ungemütlich: Jedes Nichtmitglied soll nämlich auf alle seine Waren und Dienstleistungen, die es in die Länder des Clubs exportiert, gesalzene Strafzölle zahlen. Innerhalb des Clubs soll dagegen Zollfreiheit herrschen. In diesem Modell wird also die Teilnahme an weltweitem Klimaschutz dadurch gesichert, dass man Abweichler de facto vom Welthandel ausschließt – was erwartungsgemäß kaum ein Land wählen wird.

Strafen führen zu weiteren Dilemmata

Dieser Klimaclub-Vorschlag ist radikal und alles anderes als unumstritten. Fakt ist, dass ein solcher Klimaclub mit Zöllen als Strafe nach derzeitiger Rechtslage nicht den Vereinbarungen der Welthandelsorganisation entspricht. In dem Modell wird z. B. ausgeblendet, dass sich Nichtmitglieder ebenfalls zusammen-

schließen und ihrerseits Strafzölle errichten könnten – und das befeuert ein weltweites Aufrüsten mit Handelsbarrieren, die man in den letzten Jahrzehnten mühsam abgebaut und dadurch zu einem florierenden Welthandel beigetragen hat.

Es ist vor allem aber eine gesellschaftlich-demokratische Frage, wie viel Zwang man zulässt und ob – etwas holzschnittartig ausgedrückt – der Zweck die Mittel heiligt. Die EKD hat sich in diesem Herbst selbst eine Klimaschutzrichtlinie gegeben, die am 1. Oktober 2022 in Kraft trat und die Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität bis 2045 zum Zweck hat. Darin empfiehlt sie allen Gliedkirchen, ebenfalls entsprechende Regelungen zu finden, um zum Klimaschutz beizutragen. Es handelt sich um Soll-Bestimmungen und um einen Aufruf zur freiwilligen Selbstverpflichtung. Hoffen wir, dass wir damit weit kommen. ■

1 Mit einem Apfel wäre es anders: Wenn ich ihn kaufe, gehört er mir und ich kann andere davon abhalten, ihn aufzuessen (Konsumausschluss). Und er ist rival im Konsum: Isst ihn mein Nachbar, kann ich es nicht mehr tun.

2 John Nash und Reinhard Selten erhielten für ihre Arbeiten im Kontext der Spieltheorie 1994 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Auch die Arbeiten Elinor Ostroms, die 2009 als erste Frau mit dem wirtschaftswissenschaftlichen Nobelpreis ausgezeichnet wurde, stammen aus diesem Forschungsfeld.

Jenseits von Angebot und Nachfrage – Chancen und Grenzen des Marktes

Die Geschichte der Menschheit hat gezeigt, dass immer wieder erstaunlich vieles geht, das vorher unmöglich schien. Und zwar genau dann, wenn man sich darauf besinnt, dass Aufgaben sich leichter bewältigen lassen, sobald man ihre Bearbeitung aufteilt. Besonders chancenreich ist solche Aufteilung der Arbeit, wenn in ihrem Vollzug die Spezialisierung nicht zur Vereinzelung der verschiedenen Arbeitsschritte führt, sondern

die gewonnenen Einsichten in die Gesamtschau der Herausforderungen integriert werden können – also die eine Hand weiß, was die andere macht.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↪ r.stroh@zgv.info

Zum kulturellen Fortschritt trägt solche Kooperation dadurch bei, dass sie offen ist für Neues, das durch die Freisetzung der Talente der Akteure in ihren arbeitsteiligen Tätigkeiten zur Entdeckung kommt. Es kann zum tieferen Verständnis der aktuellen Handlungssituation führen, wenn es mit dem bereits gegebenen Wissen verknüpft wird.

Entscheidend dafür, dass aus solch neuem Wissen eine tiefere Einsicht für alle entsteht, ist, dass auch tatsächlich alle Kenntnis erlangen können von diesen neuen Einsichten, sie somit für sich erschließen und in ihr eigenes Wissen integrieren können – und zwar ohne, dass der Urheber dieses neuen Wissens oder irgend ein anderer eine Verfügungsmacht



„FRUCHTBARE SOZIAL-WISSENSCHAFT MUSS ZU EINEM BETRÄCHTLICHEN TEIL DAS UNTERSUCHEN, WAS NICHT IST: HYPOTHETISCHE MODELLE MÖGLICHER WELTEN BAUEN, DIE SEIN KÖNNTEN, WENN EINIGE DER VERÄNDERBAREN BEDINGUNGEN GEÄNDERT WÜRDEN.“

Friedrich August von Hayek, Ökonom

darüber hat, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung diese neue Information durch die übrigen Beteiligten je für sich erschlossen und verarbeitet wird. Wer eine Sache findet, ist nicht unbedingt auch derjenige, der am besten weiß, welches Geheimnis in ihr verborgen ist.

Der Markt als einzig verbindendes Band des Zusammenlebens? (Hayek)

Der Ökonom Friedrich August von Hayek hat in dem beschriebenen Zusammenhang das Charakteristikum der modernen Marktgesellschaft – von ihm „Große Gesellschaft“ benannt – gesehen und als das Fundament freier Gesellschaften bezeichnet:

„Der Großen Gesellschaft und ihrer marktlichen Ordnung wird oft ein Vorwurf daraus gemacht, daß ihr eine einvernehmliche Rangordnung von Zielen fehlt. Das aber ist gerade ihr großer Vorzug, der individuelle Freiheit und alle ihre Werte erst möglich macht. Die Große Gesellschaft entstand aus der Entdeckung, daß Menschen in Frieden und zu ihrem wechselseitigen Vorteil zusammenleben können, ohne sich über die konkreten Ziele, die sie gesondert verfolgen, einig sein zu müssen“ (Friedrich A. von Hayek, Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie [1973–79]).

Hayek war der Meinung, dass bisher lediglich die Wissenschaft der Ökonomie sich diesem Phänomen ernsthaft gewidmet und eine angemessene Theorie zu dessen Verständnis zur Verfügung gestellt habe. Zudem war er der Auffassung, dass nur der Markt ein Handlungszusammenhang sei, der die ganze Weite menschlicher Interaktion umfasse.

Oder doch nicht? (Röpke)

Genau in diesem Punkt unterscheidet sich Hayeks Deutung von derjenigen Wilhelm Röpkes, einer der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft. In seinem Werk *Jenseits von Angebot und Nachfrage* (1958) wird bereits durch den Titel hervorgehoben, dass es Lebensbereiche „jenseits“ des Marktes gibt – den Röpke in seinen Chancen übrigens ebenso positiv bewertet wie Hayek –, ohne deren Mit-

wirkung der Markt gar nicht seine eigenen Leistungen erbringen kann.

Gerade für den Wirtschaftsfachmann Röpke war deutlich, dass ein gelingendes Wirtschaftsleben in einer Gesellschaft existenziell darauf angewiesen ist, dass in dieser Gesellschaft das Miteinander nicht nur von ökonomischen Gesichtspunkten dominiert wird, sondern auch andere Erfahrungsbereiche maßgeblich bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zum Zuge kommen. Nur so kann der Markt dem Menschen dienen, ansonsten wird er zum Selbstzweck.

So, wie der Markt davor geschützt werden muss, dass ihm sachfremde Vorgaben gemacht werden, so müssen jene gesellschaftlichen Bereiche, die nach anderen Maßstäben ablaufen, davor geschützt werden, dass umstandslos ökonomische Maßstäbe zu ihrer Gestaltung und Bewertung herangezogen werden. Wer die Grenzen einer Sache ignoriert, kann auch ihre Chancen nicht wahrnehmen.

Das Zusammenspiel unterschiedlicher Bereiche als Voraussetzung für das Gemeinwohl

Die Orientierungskraft der jüdisch-christlichen Tradition für die verantwortliche Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens liegt nicht zuletzt darin begründet, dass sie zu unterscheiden versteht, dass und wie unterschiedliche gesellschaftliche Aufgabenbereiche nicht einfach „überlappen“ (Karen Horn), sondern klar unterscheidbare Funktionen wahrnehmen, die sich gerade dann sinnvoll und wohltuend ergänzen können, wenn ihre je eigene Logik Berücksichtigung findet.

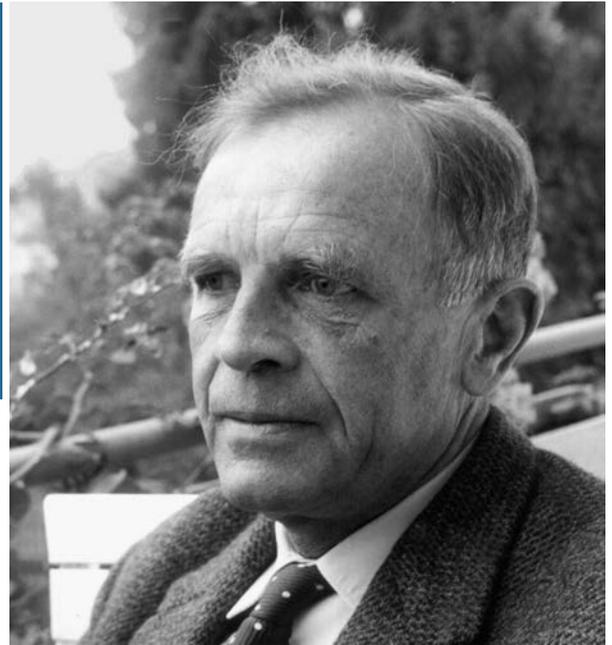
Kritik wird in dieser Tradition immer dann mit Nachdruck vorgetragen, wenn auf eine Weise gewirtschaftet, Politik betrieben oder die Frömmigkeit geregelt wird, die den Menschen daran hindert, sich ohne Illusion, aber auch ohne Angst in Freiheit den unterschiedlichen Herausforderungen stellen zu können, die das Leben für uns Menschen mit sich bringt.

Überall dort, wo die gesellschaftlichen Teilaufgaben so gelöst werden, dass sie sich gegenseitig unterstützen und nicht in Konkurrenz zueinander stehen und sich gegenseitig blockieren, eröffnen sich Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des Zusammenlebens.

Die Chancen stehen dann auch vor allem deswegen gut, weil unter dieser Voraussetzung die unterschiedlichen Bereiche einander freundlich und ohne falsche Moralisierung auf ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten aufmerksam machen können, wo diese unter Umständen nur nachlässig bearbeitet werden. Und zugleich kann unter dieser Voraussetzung auch sofort erkannt werden, wo ein gesellschaftlicher Bereich übergriffig

„DAS SCHLIESSLICHE SCHICKSAL DER MARKT-WIRTSCHAFT MIT IHREM BEWUNDERUNGSWÜRDIGEN MECHANISMUS VON ANGEBOT UND NACHFRAGE ENTSCHIEDET SICH – JENSEITS VON ANGEBOT UND NACHFRAGE.“

Wilhelm Röpke,
Ökonom und Sozialphilosoph



wird, sich anmaßt, den anderen Bereich in seiner Leistung ersetzen zu wollen, obwohl er dazu faktisch gar nicht in der Lage ist.

Öffentlichkeit und Allgemeinbildung

Die Leistung, die Hayek dem Markt zuschreibt – der inspirierende Austausch von neuen Einsichten und ihre freie Aneignung ohne Vorgaben –, wird in dieser Perspektive von der allgemeinen Öffentlichkeit ausgeübt, und der Markt ist ein Teil von ihr. Es war der Theologe Friedrich Schleiermacher, der als eine Grundeinsicht der Reformation die unverkürzte Öffentlichkeit als Bedingung dafür beschrieben hat, dass Dummheiten und Irrtümer öffentlich desavouiert werden können, bevor sie Schaden für das Zusammenleben anrichten, und Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten humaner Freiheit für alle wirksam und nutzbar werden. Ohne Gutenbergs Erfindung hätte

die Reformation nach Schleiermacher nicht bestehen können.

Dass diese Chancen dann auch tatsächlich ergriffen werden können, ist nicht selbstverständlich, wie die Gegenwart mehr als deutlich beweist. Voraussetzung dafür ist zum einen Urteilskraft im Blick auf die öffentlich geteilten Informationen oder Desinformationen. Und nicht zuletzt ist vorausgesetzt, dass im Rahmen der Allgemeinbildung das Zu-

sammenspiel der gesellschaftlichen Bereiche eingesehen und verstanden worden ist. Das reformatorische Engagement für schulische Bildung sollte nicht nur sicherstellen, dass Menschen sich einen authentischen Eindruck der biblischen Botschaft verschaffen, sondern auch verantwortlich und einsichtsvoll am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Die sogenannten MINT-Fächer können beispielsweise nur dann ihren Beitrag zur Allgemeinbildung leisten, wenn sie flankiert werden durch eine solide Schulbildung in den sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Fächern.

Andernfalls wird es im Erwachsenenalter sogar bei den gesellschaftlichen Eliten zu illusorischen Erwartungshaltungen kommen, was die Wirtschaft zu leisten vermag oder die Politik, die Wissenschaft oder die Religion.

Illusionen sind aber in jedem Fall die schlechteste Voraussetzung, um das Ziel einer humanen Entwicklung des Zusammenlebens erreichen zu können. ■

Niemanden zurücklassen!

Die Corona-Pandemie, der Klimawandel und nicht zuletzt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundene Energiekrise und Inflation stellen viele Menschen vor große und teilweise existenzielle Herausforderungen. In dieser gegenwärtigen Lage ist es für Kirche mehr denn je zentral, sich weiterhin auf verschiedenen Ebenen dafür einzusetzen, dass

niemand in unserer Gesellschaft zurückgelassen wird und jeder eine Chance auf Teilhabe bekommt. Dies trifft besonders auf Menschen in prekären Lebenslagen zu.



von: Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales
 ➔ j.dinkel@zgv.info



Viele Menschen sehen die aktuelle soziale Situation in Deutschland mit Sorge. Steigende Energiekosten und Lebensmittelpreise wirken sich direkt auf die Lebenswirklichkeiten von vielen Menschen aus. Menschen in prekären Lebenssituationen treffen die derzeitigen Krisen besonders hart, da ihr Leben schon vor dem Beginn der Kostensteigerungen von finanziellen Sorgen begleitet wurde. Einsparpotenziale gibt es für viele einkommensschwache Haushalte kaum, da Energie- und andere Spartipps hier sowieso schon seit Jahren befolgt werden. Die Landessozialberichte des Landes Hessen beispielsweise zeigten schon vor der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise und Inflation kein positives Bild für von Armut betroffene Menschen. So ist die Armutsquote in Hessen in den letzten fünf Jahren gestiegen und auch die Suche nach bezahlbarem Wohnraum hat sich dramatisch verschlechtert und betrifft nicht mehr nur die Ballungsgebiete, sondern zunehmend auch ländlichere Regionen. Die Corona-Pandemie offenbarte bereits wie unter einem Brennglas soziale Schwachstellen in der Gesellschaft, von denen insbesondere Menschen in prekären Lebenssituationen betroffen waren und sind.

Die Herausforderung, Armut zu bekämpfen, stellt sich angesichts der aktuellen komplexen Problemlagen in anderer Weise als früher. Insbesondere der As-

pekt der Verteilungsgerechtigkeit rückt in den Fokus, da immer mehr Menschen fürchten, von Armut betroffen zu sein und ihren Wohlstand gefährdet sehen. In dieser Gesamtsituation ist es für die Kirchen wichtig, deutlich zu machen und sich dafür einzusetzen, dass niemand zurückgelassen wird und Teilhabe in der Gesellschaft möglich bleibt.

Materielle Unterstützung und Austausch

Das Fundament für eine gerechte Teilhabe ist, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen in materieller Hinsicht so gestellt sind, dass ein Leben in Würde möglich ist. Neben bestehenden Angeboten wie zum Beispiel Tafelarbeit oder Sozialkaufhäuser, stellen Kirche und Diakonie

mit der Aktion #wärmewinter in diesem Herbst und Winter für Menschen in sozialen Notlagen spezielle Informationen und Angebote zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bereit. Mehreinnahmen bei der Kirchensteuer, die durch die Auszahlung der Energiepauschale entstanden sind, werden häufig dazu genutzt, um Projekte und Aktionen des #wärmewinters zu finanzieren. Auf der Website der Aktion #wärmewinter finden sich Beispiele und Anregungen, wie Menschen vor Ort konkret unterstützt werden können.

Über diese konkrete Hilfe hinaus ist es notwendig, dass Kirche und Diakonie weiterhin eine Öffentlichkeit für soziale Problemlagen herstellen und dafür sensibilisieren. Die Online-Veranstaltung von Kirche und Diakonie „Armut. Ach was!“





mit Kai Klose, hessischer Minister für Soziales und Integration, im November 2022 ist ein Beispiel dafür, wie Öffentlichkeit erzeugt und für politische Veränderungen geworben werden kann. In der Diskussion mit Minister Kai Klose standen insbesondere die Themen Armut, Teilhabe, Arbeit und Wohnen im Fokus und Impulse von verschiedenen Einrichtungen gaben direkte Einblicke in die Situation von Betroffenen. So hat zum Beispiel Nanine Delmas, Leiterin des Jugend- und Sozialamtes der Stadt Frankfurt, anschaulich dargelegt, dass Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen deutlich weniger Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben als ihre Altersgenossen und Unterstützungsangebote verschiedenster Art und Weise benötigen.

Es ist und bleibt wichtig, mit Menschen aus Politik, Wissenschaft, Praxis und mit Betroffenen im engen Austausch zu sein. Dabei muss es darum gehen, sich für die Verbesserung von sozialen Problemlagen und gesellschaftliche Teilhabe einzusetzen. Durch die aktive Beteiligung von Betroffenen werden Menschen in allen Lebenslagen gehört und gesehen.

Bildung als Schlüssel zur Teilhabe

Auch wenn die aktuellen Herausforderungen sich anders gestalten als früher, bleiben Bildung und Ausbildung wichtige Bausteine, damit Menschen in prekären

Lebenslagen ihre Situation selbstbestimmt verbessern können. Begabungen zu erkennen, sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einzusetzen, sind Eckpfeiler einer gerechten Gesellschaft und ermöglichen Teilhabe. Aus diesen Gründen sind verschiedene kirchliche Einrichtungen und Projekte in der EKHN schon seit Jahren in den Bereichen der Jugendberufshilfe und der Hilfe für Erwerbslose oder von Erwerbslosigkeit bedrohter Menschen aktiv. Über die Vergabekommission „Arbeit und Qualifizierung der EKHN“ unterstützt die EKHN die Arbeit in Projekten und Einrichtungen finanziell.

Die Arbeit der Jugendberufshilfe Groß-Umstadt beispielsweise, oder die Arbeit in den Jugendwerkstätten Gießen, Herrnhag oder Odenwald, unterstützen junge Menschen dabei, ihren Weg in den Arbeitsmarkt zu finden. Gerade in Zeiten, in denen ein Fachkräftemangel deutlicher zum Vorschein kommt, leisten diese Einrichtungen einen wichtigen Beitrag für eine gerechte Gesellschaft. Projekte wie z. B. „HiNs KulturNetCafé“ der Hilfe im

mit einem regelmäßigen Reparaturtreff und ähnlichen Angeboten einen entscheidenden Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit. Das Thema „Niemanden zurücklassen“ zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeit von vielen kirchlichen Einrichtungen und Projekten im sozialen Bereich.

Teilhabe ermöglichen und sichern

Kirche hat bei den aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen daher immer zwei Dinge im Blick. Materielle Grundbedürfnisse müssen erfüllt sein und darauf aufbauend sollen alle Menschen die Möglichkeit haben, sich am Leben und der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen und entsprechende Anerkennung zu finden. Denn Wohlstand und gesellschaftlicher Frieden lassen sich dauerhaft nur für alle gemeinsam sichern. Wenn sich jedoch Teile der Bevölkerung als ausgeschlossen erleben und Differenzen z. B. zwischen Reichen und Armen sich verschärfen, kann es kein als gerecht erlebtes Zusammenleben geben. „Nieman-



Nordend (HIN) oder „Mensch, mach mit, werd Mitmach-Mensch“ der Werkstatt Kirche Gießen helfen direkt von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen. Solche Projekte bringen Menschen, die helfen können, und Menschen, die Hilfe suchen, zusammen. Projekte, die helfen, diese Distanz zu überwinden, sind wichtig. Die Werkstattkirche in Gießen ist mittlerweile zu einer Anlaufstelle für Menschen in verschiedenen sozialen Notlagen geworden und nebenbei leistet sie

den zurücklassen“ muss daher ein gesellschaftliches Primat sein. Kirche und Diakonie haben nach wie vor die Mittel und Möglichkeiten, Menschen zusammenzubringen, Menschen über gesellschaftliche Schichten hinweg Hilfe und Unterstützung anzubieten und sich für Betroffene politisch einzusetzen. Angesichts der großen Herausforderungen und Zielkonflikte, die wir bewältigen und lösen müssen, kommt es auf die Mitarbeit von allen an. ■



ARBEIT & SOZIALES

Mobiles Arbeiten: Chancen nutzen, Risiken vermindern

Der Büroalltag hat sich in den letzten zwei Jahren massiv verändert. Immer mehr Angestellte arbeiten nun mobil von unterwegs oder von zu Hause. Das hat viele Vorteile, so fallen Fahrzeiten weg und die Mitarbeitenden haben mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit, indem sie Privates besser mit Beruflichem vereinbaren können. Gleichzeitig verschwimmen die Grenzen zwischen den beiden Bereichen. Dennoch ist für viele Beschäftigte das mobile Arbeiten und die dadurch gewonnene Zeitsouveränität nicht mehr wegzudenken. Flexibles Arbeiten wird somit ein zentrales Thema in der modernen Arbeitswelt bleiben und damit verbunden die Fragestellung, wie die damit verbundenen Chancen ausgebaut und die negativen Belastungsfaktoren minimiert werden können.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales
 ➔ h.miehe@zgv.info

Die bisherigen Forschungs- und Erfahrungsberichte¹ zeigen, dass flexible Arbeitsformen einerseits die Belastungen durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatem verringern und die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten erhöhen, weil ein konzentriertes Arbeiten mit weniger Unterbrechungen möglich ist. Andererseits kann flexibles Arbeiten dazu führen, dass der Arbeitsumfang steigt.

Eine Sonderauswertung des DGB Index Gute Arbeit kam zu dem Ergebnis, dass 45 Prozent der mobil Arbeitenden oft nicht abschalten können.² Diese Auswertung weist auf einen auffälligen

Widerspruch hin: So berichten die Beschäftigten häufiger, dass sie ihre Arbeitszeit selbst einteilen können, klagen aber auch häufig über belastende und entgrenzte Arbeitszeiten. Die größere Selbstbestimmung geht nicht automatisch mit Arbeitszeiten einher, die die Gesundheit fördern oder dem Familienleben guttun. Im Gegenteil: „Ständige Erreichbarkeit, unbezahlte Arbeit und überlange Wochenarbeitszeiten von mehr als 48 Stunden sind hier üblicher als bei denen, die überwiegend im Betrieb und weniger digitalisiert arbeiten.“³ Die Grenze zwischen Freizeit und Arbeit verschwimmt im Homeoffice schnell, und das Gefühl,

ständig erreichbar sein zu müssen, verursacht psychischen Druck. Langfristig kann dies negative Folgen für die Gesundheit der Beschäftigten haben.

Mobiles Arbeiten führt also nicht automatisch zu einer besseren Work-Life-Balance, sondern ist abhängig von den Rahmenbedingungen, unter denen die Beschäftigten mobil arbeiten.

Die Voraussetzungen für gutes mobiles Arbeiten sind von drei Faktoren abhängig: von der technischen Infrastruktur und den Arbeitsmitteln, den jeweiligen Arbeitsorten und der Arbeitsorganisation. Die Arbeitsorganisation wird im Folgenden genauer betrachtet.

Erreichbarkeit

Mittlerweile gibt es viele Betriebs- und Dienstvereinbarungen, die die Arbeitszeit und die Grenzen der täglichen Erreichbarkeit festlegen. Aber die Vereinbarungen müssen im Unternehmen auch gelebt werden.

Beispielsweise sollte der Arbeitsumfang auch bewältigt werden können. Hilfreich könnten Zielvereinbarungen zwischen Führungskräften und Beschäftigten sein, die Aufgabeninhalte und Entscheidungsspielräume festlegen.

Häufig führen aber Restrukturierungsmaßnahmen und Personalabbau zu einer Ausweitung der Aufgabengebiete. Arbeitsverdichtung, Termin- und Leistungsdruck lösen die positiven Effekte des flexiblen Arbeitens auf.

Auch Videokonferenzen sparen zwar Zeit, die An- und Abfahrzeiten entfallen, aber dieser Zeitgewinn führt nicht selten dazu, dass die Taktung der Konferenzen enger wird.

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung

Mit dem mobilen Arbeiten steigen die Eigenverantwortung und die Selbstbestimmungsmöglichkeiten, die sich viele Beschäftigte, gerade auch höher qualifizierte, wünschen. In den Unternehmen werden heute zwar vielfältige Schulungen hinsichtlich neuer digitaler Tools und Kommunikationssysteme angeboten. Darüber hinaus bedarf es aber auch Schulungen in Zeitmanagement und

Selbstdisziplin. Denn wann Arbeitnehmer*innen ihre Aufgaben erledigen, scheint mit dem flexiblen Arbeiten keine Rolle mehr zu spielen. Umso wichtiger werden Unterstützungen im Bereich der Selbstorganisation der Arbeit.

Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass diese Möglichkeiten zur größeren Selbstbestimmung nicht von den steigenden Anforderungen „aufgefressen“ werden.

Vertrauenskultur

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und eine Unternehmenskultur, die diese fördert, sind zwingend erforderlich für alle flexiblen Arbeitsformen. Unsere Arbeitswelt ist aber an Strukturen gewöhnt, die auf Hierarchien und Kontrolle aufgebaut sind. Daher muss ein weitreichendes Vertrauen, das die Kontrolle überflüssig macht und Freiräume schafft, oftmals noch eingeübt werden.

Der Aufbau einer vertrauensorientierten Kultur ist ein langfristiger Prozess, der einige Ängste und Bedenken überwinden muss, sowohl bei den Führungskräften als auch bei den Mitarbeitenden.

Dass Beschäftigte keine Leistung erbringen, wenn sie nicht mehr physisch vor Ort im Betrieb sind, diese Befürchtungen vieler Führungskräfte konnten in den letzten Jahren widerlegt werden.⁴

Die Generation der Babyboomer ist damit aufgewachsen, dass Arbeit weitestgehend vor Ort im Betrieb stattfindet. Man ging zur Arbeit und ein Vorgesetzter entschied, was zu tun war. Das hat viele

Jahre gut funktioniert. Die heutige Generation ist in einer virtuellen und digitalen Welt aufgewachsen und fragt sich, wieso sie zur Arbeit gehen sollte, wenn doch die Arbeit mit dem Anschalten des Laptops zu ihr kommen kann.

Perspektiven

In Wirtschaftszweigen, die sich mit Fragen der Arbeitsplatzmobilität beschäftigen, gibt es derzeit zwei gegenläufige Trends: Unternehmen, die gezielt Büroarbeitsplätze durch mobile Arbeitsplätze ersetzen und Raummieten einsparen. Andere Unternehmen hingegen holen ihre Beschäftigten teilweise wieder zurück ins Büro, weil sie festgestellt haben, dass die Zusammenarbeit vor Ort für manche Aufgaben zielführender ist und die reale Zusammenarbeit das soziale Miteinander im Unternehmen stärkt.

Vermutlich werden sich in den nächsten Jahren sog. hybride, alternierende Arbeitsmodelle durchsetzen, bei denen die Beschäftigten teilweise mobil und teilweise vor Ort arbeiten. So hätten Arbeitnehmer*innen die Flexibilität, die sie brauchen, und wären im Homeoffice auf der anderen Seite auch nicht isoliert. Auch in den Kirchen als nach wie vor große Arbeitgeber werden diese Fragen intensiv diskutiert. Vieles bleibt dabei noch offen. Was passiert etwa mit den leerstehenden Büroräumen? Und wohin entwickelt sich eine Unternehmenskultur, wenn ein Teil der Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit vor Ort sein muss, die anderen aber überwiegend von zu Hause arbeiten können? ■



MIT DEM MOBILEN ARBEITEN STEIGEN DIE EIGENVERANTWORTUNG UND DIE SELBSTBESTIMMUNGSMÖGLICHKEITEN, DIE SICH VIELE BESCHÄFTIGTE, GERADE AUCH HÖHER QUALIFIZIERTE, WÜNSCHEN.

Quellen

- 1 Vgl. BAuA (Hrsg.) Bericht „Mobiles Arbeiten: Chancen und Risiken“, 2022; sowie DGB, Hans Böckler Stiftung (Hrsg.) Atlas der Digitalen Arbeit, 2022.
- 2 Vgl. Institut DGB-Index Gute Arbeit (Hrsg.) Sonderauswertung Arbeit der Zukunft im „Neuen Normal“?, 2022, S. 9.
- 3 Ebd., S. 11 f.
- 4 Vgl. <https://www.ifbg.eu/pro-contra-des-arbeitens-im-home-office-fuer-beschaeftigte-und-arbeitgeber/> (zuletzt abgerufen am 16.12.2022).

Blühwiesenromantik oder realistischer Blick auf die Klimakrise. Ist Schöpfungstheologie zu romantisch?

Zu Beginn der 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts war ein großer Streit entbrannt zwischen den beiden Schweizer Theologen Karl Barth und Emil Brunner. Brunner hatte in seiner Schrift „Natur und Gnade“ Grundzüge einer natürlichen Theologie entwickelt, in der Gott sich nicht alleine aus einer „Selbstmit-

teilung“ (Offenbarung) heraus zeigt, sondern Gottes Existenz auch über die Vernunft des Menschen und über die Natur mit ihren Wundern erkannt werden kann. Im gleichen Jahr noch antwortete Karl Barth mit einer Schrift, die mit „Nein!“ überschrieben war und in der er diesen Zugang Brunners verwarf.



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ h.meisinger@zgv.info

Der Vorwurf einer Blühwiesenromantik der deutschen ökotheologischen Landschaft

Auch der Beginn der 20er-Jahre unseres Jahrhunderts ist in der Theologie erneut durch eine theologische Kontroverse um das rechte Verständnis von Natur und Schöpfung gekennzeichnet. Der Systematische Theologe Prof. Dr. Dr. Günter Thomas aus Bochum hat um Weihnachten 2021 eine Diskussion bei www.zeitzeichen.net ausgelöst, als er mit drei Artikeln die „Blühwiesenromantik“ der deutschen ökotheologischen Landschaft schonungslos aufzudecken meinte. Sein Argument: Wer immer sich insbesondere in der evangelischen Kirche mit dem Thema Schöpfung beschäftige, lasse aus dem Blick, dass die Natur, von der wir theologisch als Schöpfung sprechen, nicht nur „sehr gut“ sei, sondern auch Anlass zur Bekämpfung biete. Wie anders sei es sonst zu erklären, dass Ärzt*innen sich um die Heilung von Krankheiten kümmern und damit das auslösende Virus bekämpfen, wie es beispielsweise bei Corona der Fall sei. Die „gefallene Schöpfung“ sei in keinem paradiesischen Zustand. Wenn sie jemand für „sehr gut“ halte, sei das eine Verkennung der Realität und damit schöpfungstheologische „Blühwiesenromantik“ – die Öko-Theologie stecke in der Krise.

Hier mit einem eindeutigen „Nein!“ zu antworten, fällt mir schwer. Denn so ganz Unrecht hat Thomas mit seiner Einschätzung nicht: In der Betonung der Integrität der Schöpfung Gottes wird in modernen Schöpfungstheologien in der Tat das „sehr gut“ als Zuschreibung der göttlichen Schöpfung oft allzu undifferenziert verwendet. Denn in der Schöpfung existieren unzweifelhaft auch Gefährdungen (z. B. durch Viren oder mögliche Kometeneinschläge). Die Ambivalenz der Schöpfung kommt dann aber bei einem einfachen „sehr gut“ kaum in den Blick. Wer Natur bisher durch eine rosarote Brille als etwas sah, das so es zu bewahren gälte, wie es ist, darf sich angesprochen fühlen.

Zweimal ein „allerdings“

Eine differenzierte Betrachtung der „guten Schöpfung Gottes“ ist daher sicher geboten. Doch sehe ich bei Thomas die Gefahr, die Güte der Mitschöpfung, die uns liebend umfängt, zuungunsten einer Mitschöpfung, gegen die wir uns zur Wehr zu setzen haben, aus dem Blick zu verlieren. Die Anfälligkeit und Bedrohung des menschlichen Lebens „außerhalb“ des Paradieses so stark zu machen, dass Kampf und Beherrschung, ja „Vernichtung“ in den Vordergrund treten, obwohl Kooperation und Altruismus ebenso vorkommen. Für ihn ist das Paradies nur ein „romantischer Traum“, eine Utopie. Wäh-

rend es in den biblischen Schriften m. E. ein visionäres Hoffnungsbild der Zukunft ist. Überdies ist darauf hinzuweisen, dass das Auftreten von sogenannten Zoonosen, also Infektionskrankheiten, die von Bakterien, Parasiten, Pilzen oder Viren verursacht und wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können, auch damit zusammenhängt, dass der Mensch immer weiter in die Bereiche ehemals unberührter nicht-menschlicher Natur eindringt. Das lässt sich durchaus auch am Corona-Virus zeigen, das Thomas als Paradebeispiel der Gefährdung des Menschen durch die Natur anführte. Und so verwundert es nicht, dass Krankheitserreger aufgrund der evolutionären gemeinsamen Abstammung sowohl Tiere als auch Menschen infizieren können. Zu dieser Entwicklung tragen wir Menschen mit unserem unbegrenzten Expansionismus mit bei. Nicht-menschliche Natur ist nicht Feind der Natur des Menschen und auch nicht als solche moralisch zu bewerten, sondern wird geradezu „herausgefordert“, auch den Menschen in ihre Interaktionen mit einzubeziehen. Damit will ich Thomas gerne widersprechen, der diesen ursächlichen Zusammenhang so nicht herausarbeitet. Ja, der Mensch ist ein „gefährdeter Gefährder“, wie Thomas es nennt. Allerdings kommen die Gefährdungen nicht unabhängig vom Menschen von einem Außen, sondern sind von Menschen mit

verursacht. Lassen Sie es mich so formulieren: Der „gefährdete Gefährder“ bringt sich selbst in Gefahr. Er ist der „sich gefährdende gefährdete Gefährder“. Damit enden wir weder in „religiösem Kitsch“ noch im „Antihumanismus“, wie Thomas in einem Beitrag in „DIE WELT“ vom November 2022 der Ökonomie vorwirft. Sondern wir enden in einer differenzierten Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen nichtmenschlicher und menschlicher Natur. Das ist noch realistischer gedacht als Thomas meint, realistisch zu sein.

Von der „theologischen Geduld von hoffenden Langstreckenläufern“ und dem JETZT! der Ungeduld der menschlichen Existenz

Die von Thomas gewählte Formulierung „theologische Geduld von hoffenden Langstreckenläufern“ mag zwar eine feine theologische sein, sie wird allerdings den Erkenntnissen der Klimawissenschaftler*innen im Weltklimarat und in vielen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen weltweit nicht gerecht. Diese prognostizieren nur noch ein Zeit-

fenster bis etwa zum Jahr 2030, das der Menschheit zur Verfügung steht, um der Klimakrise aktiv begegnen zu können und schon jetzt Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in die Wege zu leiten. Leider ist das keine „apokalyptische Dramatisierung“, die „in eine gefährliche moralische Atemlosigkeit“ führt, wie Thomas meint, und es geht auch nicht um eine „Totalisierung“ einer ökologischen „endzeitlichen Sekte“. Es geht schlicht um eine international wissenschaftlich abgesicherte, akzeptierte Erkenntnis mit zunehmend höherer Wahrscheinlichkeit. Da wird nichts dramatisiert, sondern nüchtern den Tatsachen ins Auge geschaut. Also genau das getan, was Thomas eigentlich fordert.

Wollen wir Menschen unseren Enkelkindern eine Welt mit den Lebensmöglichkeiten, wie wir sie haben, überlassen, dann sind JETZT! Entscheidungen zu treffen. Von der Langstrecke ist auf die Kurzstrecke zu wechseln, um im Bild von Thomas zu bleiben. Das Hoffen auf Gott gibt nicht nur einen langen Atem, sondern auch die Einsicht und den Mut zu jetzt anstehenden Entscheidungen einer menschlichen Existenz, die langsam ungeduldig, nicht aber unverantwortlich und schon gar nicht hoffnungslos einen

Blick auf die Klimakrise wirft. Der „hoffnungsvolle Realismus“ steht nicht auf Thomas' Seite, sondern auf der Seite derer, denen er einen naiven Idealismus, ja sogar ökologische Sektierertum vorwirft. Das mag auch in unterschiedlichen Vorstellungen von Gott begründet sein. So beklagt Thomas einen „Verlust der rettenden Transzendenz“, wenn Luisa Neubauer 2021 in ihrer Rede im evangelischen Berliner Dom sagt: „Gott wird uns nicht retten“ und niemand ihr widersprochen habe. Doch, ich habe innerlich widersprochen. Aber anders, als es Thomas mit seiner „rettenden Transzendenz“ im Blick hat. Ich gebe die Hoffnung auf einen „rettenden Advent“ nicht auf, eine Zukunft, die wir nicht selbst gestalten können, sondern die als Kairos, als sich offenbarender Moment, ohne unser Zutun eintrifft. Was für Thomas ein romantischer Traum ist, nährt meine Hoffnung und stärkt mein Handeln. „Vorher“ halte ich es aber lieber mit Dietrich Bonhoeffer, leicht abgewandelt: „Mag sein, dass morgen das Reich Gottes [Bonhoeffer nennt an dieser Stelle das Jüngste Gericht] anbricht. Dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen – vorher aber nicht.“ ■



LAUT DEM SYSTEMATISCHEN THEOLOGEN PROF. DR. GÜNTER THOMAS IST DIE „GEFALLENE SCHÖPFUNG“ IN KEINEM PARADIESISCHEN ZUSTAND. WENN SIE JEMAND FÜR „SEHR GUT“ HALTE, SEI DAS EINE VERKENNUNG DER REALITÄT UND DAMIT SCHÖPFUNGSTHEOLOGISCHE „BLÜHWIESENROMANTIK“.

Heute bleibt die Kirche kalt. Wie wir in der EKHN auf die Energiekrise reagieren

Wer hätte das noch vor einem Jahr gedacht? Im hochindustrialisierten Deutschland müssen Bürger*innen in diesem Winter 2022/2023 fürchten, ihr Zuhause nicht mehr im gewohnten Maße beheizen zu können. Industrieunternehmen bangen, dass sie energieintensive Betriebsbereiche herunterfahren müssen, und kleine und mittelständische Unternehmen rechnen panisch, ob die finanziellen Reserven trotz der explodierenden Energiepreise reichen, um eine Insolvenz abzuwenden.



von: Kathrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt
➔ k.saudhof@zgv.info



Für diese Energiekrise gibt es vielfältige und zum Teil komplexe Ursachen, von denen hier nur einige blitzlichtartig erwähnt werden können. Seit Ende 2021 versucht die Wirtschaft, die konjunkturelle Corona-Delle durch erhöhtes Produktionsvolumen auszugleichen. Dies hat auch einen erhöhten Energiebedarf zur Folge, der vor allem im Stromsektor zu Preissteigerungen geführt hat. Seit Februar 2022 führt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu verringerten Erdgaslieferungen aus Russland, was die Versorgungssicherheit verringert und den Gaspreis weiter nach oben treibt. Schließlich erhöhen die maroden Atomkraftwerke Frankreichs die Unsicherheit bei der Stromversorgung.

Die Versorgungslage in der EKHN

Auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ist in hohem Maße abhängig von funktionierenden Erdgaslieferungen. Rund 75 Prozent aller Heizungen werden mit Erdgas betrieben, der überwiegende Rest mit Öl und Fernwärme. Im November 2022 waren die Gasspeicher in Deutschland zu 100 Prozent gefüllt. Doch wie kalt der Winter wird, ist nicht abzusehen. Muss die dritte Alarmstufe des bundesweiten

Gas-Notfallplans ausgerufen werden, dann kann auch die Belieferung der Kirchengemeinden und kirchlichen Verwaltungseinrichtungen rationiert oder unterbrochen werden. Besonders geschützt sind soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten sowie Privatwohnungen.

Beim Strom ist dagegen keine Versorgungslücke zu befürchten. Die Stromproduktion aus Erdgas hat einen Marktanteil von nur zehn Prozent. Größere Abhängigkeiten gibt es jedoch bei der Preisentwicklung.

Die Preisentwicklung

Die Energiepreise sind in Deutschland in 2022 extrem gestiegen. Privatkunden müssen bei Neuverträgen im Vergleich zum Vorjahr teilweise mehr als den doppelten Preis berappen.¹ Strom und Gas sind die Preistreiber, Heizöl und Pellets ziehen nach.

Entscheidungen in der Kirche

Haben wir uns bisher vor allem aus Klimaschutzgründen für das Energiesparen und den Umstieg auf erneuerbare Energien stark gemacht, so treten seit diesem Jahr weitere existenzielle Motive

wie z. B. Versorgungssicherheit hinzu. Aus diesem Grund hat auch die Kirchenleitung der EKHN im September 2022 alle kirchlichen Körperschaften aufgefordert, den Vorgaben der Bundesregierung zu Energiesparmaßnahmen zu folgen.

Schon 2018 hat die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau mit der Einführung des sogenannten Energiebeschaffungsgesetzes (EBG) den gemeinschaftlichen Einkauf von Ökostrom und Ökogas (Erdgas mit einer Beimischung von zurzeit 5 Prozent Biogas) beschlossen. Alle Körperschaften, die im Rahmen der gemeinschaftlichen Verträge versorgt werden, sitzen somit im gleichen Preisboot. Der mit einem bekannten Energieversorger abgeschlossene Gas-Liefervertrag beinhaltet einen sehr günstigen Festpreis für die Vertragslaufzeit bis Ende 2024. Nur durch eine staatliche Intervention könnte dieser Preis außer Kraft gesetzt werden. Ökostrom bezog die EKHN bis Ende 2022 von einer Firma aus Freiburg, was den Strompreis stabil hielt.

Körperschaften, die von einer Ausnahmeregelung des EBG Gebrauch gemacht hatten und der gemeinschaftlichen Beschaffung nicht beigetreten waren, waren bereits in 2022 je nach individueller Vertragsgestaltung mehr oder weniger



DIE RAUMTEMPERATUR IN GEMEINDEHÄUSERN UND VERWALTUNGSGEBÄUDEN SOLL AUF DIE VOM BUND VORGEGEBENEN 19 GRAD REDUZIERT WERDEN.

von den gestiegenen Marktpreisen betroffen. So befürchtet das Stadtdekanat Frankfurt-Offenbach, ab 2023 eine Verfünffachung des Gaspreises, was ohne Einsparmaßnahmen zu Mehrkosten von 3,5 Mio. Euro führen würde.

EKHN will sich perspektivisch mit eigenem Ökostrom versorgen

Die EKHN musste für 2023 einen neuen Ökostromvertrag abschließen. Aufgrund der extremen Preissteigerungen auf dem Strommarkt würde ein neuer Vertrag mit Festpreis aktuell vermutlich zu einer Verdopplung des Strompreises pro Kilowattstunde führen (ca. 50–60 Ct/kWh). Daher hat die Synode der EKHN auf der Herbsttagung 2022 beschlossen, für eine zweijährige Probezeit keinen Vertrag mit Festpreis abzuschließen, sondern ein sogenanntes Power Purchase Agreement (ppa) einzugehen. Demnach verkauft die EKHN selbst produzierten Strom aus den eigenen Erneuerbare-Energien-Anlagen an einen Energieversorger, der wiederum alle EKHN-Körperschaften mit Ökostrom versorgt. Für die EKHN ist dies interessant, da die Zentrale Pfarreivermögensverwaltung (ZPV) bzw. die ZPV-Solar GmbH & Co. KG mit mehr als 100 Fotovoltaikanla-

gen bereits 5 Mio. kWh Ökostrom jährlich produzieren und damit rechnerisch ein Drittel des EKHN-Strombedarfs abdecken. Darüber hinaus könnte weiterer Ökostrom von anderen Erzeugern direkt erworben und in das Modell einbezogen werden. So muss nur noch der fehlende Strombedarf über die Strombörse gedeckt werden. Je mehr Ökostrom in eigenen Anlagen produziert wird, umso geringer sind die Preisschwankungen und umso unabhängiger wird die EKHN vom allgemeinen Strommarkt.

Was tun die Kirchengemeinden?

Da die Umstellung von Heizungsanlagen auf erneuerbare Energien nicht von heute auf morgen möglich ist, steht in diesem Winter das Energiesparen in den Gebäuden im Fokus. Dazu haben die Referatsgruppe Bauen und das Referat Liegenschaften der Kirchenverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Umweltreferat des ZGV verschiedene Informationen und Angebote für Kirchenvorstände und alle weiteren Haupt- und Ehrenamtlichen in der EKHN zusammengestellt.

Als Sofortmaßnahmen werden empfohlen:

- Verlagerung des Gottesdienstes aus der Kirche ins Gemeindehaus („Winterkirche“)
- Gottesdienste im Freien feiern (analog erste Weihnachtsgottesdienste unter Corona)
- Abendliche Fassadenbeleuchtung reduzieren oder abschalten, sofern keine Sicherheitsbedenken bestehen.

Die zentrale Botschaft lautet: Heizt nur die wirklich benötigten Räume über die Grundtemperatur auf und reduziert die Raumtemperatur in Gemeindehäusern und Verwaltungsgebäuden auf die vom Bund vorgegebenen 19 Grad. Besonders schützenswerte Gebäudegruppen wie Kindertagesstätten und vermietete Privatwohnungen unterliegen hingegen keinen Einschränkungen.

Bei der besonders energieintensiven Beheizung der historischen Kirchen hat bei den Fachleuten der EKHN zudem ein Umdenken stattgefunden: Die bislang geltende Grund-Temperierung auf 8 Grad ist nicht mehr vorgeschrieben. Die Heizung darf also in der Kirche auch ganz ausgeschaltet werden. Bedingung ist

die Kontrolle der Luftfeuchtigkeit, damit weder Orgel noch Kunstgegenstände Schaden nehmen. Konkrete Informationen wurden in einer ausführlichen Handreichung zusammengestellt, die wie alle anderen Empfehlungen auf der Webseite www.ekhn.de/energiesparen zu finden ist.

Im Dekanat Frankfurt-Offenbach ist die Lage so ernst, dass man es nicht bei Empfehlungen belassen hat. Die Synode hatte dort im Oktober 2022 beschlossen, dass die Kirchen in diesem Winter nicht beheizt und Gemeindehäuser während der Nutzung nur noch auf 18 Grad temperiert werden dürfen. Gleichzeitig wird in allen Dekanaten nach Möglichkeiten gesucht, kirchliche Räume gezielt als Wärmestuben für Menschen einzurichten, die sich die Energiekosten nicht leisten können. Unter dem Hashtag #wärme-winter gibt die Diakonie dazu konkrete Anregungen zur Umsetzung.

Unterstützung durch das ZGV

Auch das ZGV unterstützt Kirchengemeinden bei ihren Einsparbemühungen. Zwei konkrete Unterstützungsangebote stehen dabei besonders im Fokus:

Zum einen das Angebot der „Energie-mission“ mit einer Energieberatung zu nutzerorientierten Verbesserungsmaßnahmen (S. 16). Zum anderen lädt das Umweltreferat seit Anfang 2022 zweimonatlich zu einem „Klimastammtisch“ ein. Dieses digitale Veranstaltungsformat bringt umweltengagierte Menschen aus allen Teilen der EKHN zusammen, um sich über ihre Erfahrungen und Fragen rund um alle Energie-, Klima- und Umweltthemen auszutauschen und Einsparpotenziale zu diskutieren. ■

Quellen

- 1 Vgl. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/strompreisentwicklung-wie-hoch-werden-die-strompreise-dieses-winter-sein/28741584.html>
<https://www.cheapenergy24.de/news/gaspreisentwicklung/>

Mit Hand und Herz zum Energiesparen. Zwischenbilanz der Energiemission

Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über die Energie- oder Klimakrise berichten und uns die bedrohliche Situation der Gegenwart verdeutlichen. Aber anstatt in Ohnmacht zu verfallen, sollte man alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um der Klimakrise konkret zu begegnen. Schon kleine individuelle Alltagsentscheidungen können viel Positives bewirken. Und zielgerichtete Angebote und Handlungsempfehlungen wie zum Beispiel die „Energiemission“ können unterstützen, sodass niemand alleine bei null anfangen muss.



von: Miriam Heil und Cassandra Silk-Erb, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ m.heil@zgv.info ↪ c.silk@zgv.info

Die Energiemission ist ein niedrigschwelliges Angebot für Kirchengemeinden der EKHN, die einen guten Einstieg in das schöpfungsbewusste Handeln für den Klimaschutz mithilfe eines wirkungsvollen Energiemanagements finden wollen. Sie setzt den Fokus auf das Verbraucher*innenverhalten, welches viel Potenzial für Energieeinsparungen und für weitere Maßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung bietet. Bei der Energiemission stehen die Menschen, ihre Bedürfnisse und ihr Handeln vor Ort im Mittelpunkt.

Vom Fußabdruck zum Handabdruck

In den letzten Jahren war viel die Rede vom ökologischen Fußabdruck, der sein alleiniges Augenmerk auf die durch den individuellen Lebensstil verursachten CO₂-Emissionen richtet. Positive Veränderungen werden dadurch, wenn überhaupt, nur im Kleinen angestoßen. Anders verhält es sich beim Konzept des ökologischen Handabdrucks: Auch bezeichnet als „Hebel für Veränderung“ steht beim Handabdruck das positive Wirken des gemeinschaftlichen Handelns in Bezug auf Gesellschaft und Umwelt im Mittelpunkt.

So auch das Handeln der einzelnen Mitglieder in den Kirchengemeinden: Alle können dabei helfen – und am besten gemeinsam – Nachhaltigkeit bleibend und für viele Personen in und außerhalb der Kirchengemeinde zu verankern. Durch be-

wusstes Handeln und eine klare Haltung können Umweltteams in Kirchengemeinden auch viele weitere Menschen zum Nachdenken und Nachahmen anregen.

Vor Ort anpacken und mit Freude Energie sparen

Nach Beschluss des Kirchenvorstands zur Teilnahme an der Energiemission bildet ein Klimaschutztag den Auftakt in der Kirchengemeinde. Im Vorfeld berät ein Energieberater die Kirchengemeinde und legt Messinstrumente in den zu begutachtenden Gebäuden aus. Sie ermöglichen eine Aufzeichnung der Wärmesituation zu unterschiedlichen Zeiten über ca. eine Woche hinweg und werden am sogenannten Klimaschutztag direkt ausgewertet. Zusätzlich finden hier eine gemeinsame Begehung und Begutachtung der ausgewählten Gebäude durch den Energieberater und die Klimaschutzmanagerin des ZGV statt, die Aufschluss über die Energieeinsparpotenziale bringen. Gemeinsam überlegen sich alle Beteiligten, welche Maßnahmen zur Energieeinsparung sinnvoll sind und umgesetzt werden sollen.

Die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt und wird von einer monatlichen Ablesung der Zählerstände von Strom, Wärme und Wasser gestützt. Dadurch werden die Verbräuche im Blick behalten und die Wirkung der Maßnahmen ersichtlich. Auch weitere Nutzer*innen der Räumlichkeiten werden in die Energiemission eingebunden, etwa der Kirchenchor, die

Krabbelgruppe oder der Seniorenkreis, um eine energiesparende und klimafreundliche Grundhaltung zu etablieren.

Was genau kann man sich darunter vorstellen?

Typische Maßnahmen im Rahmen der Energiemission sind beispielsweise die Anpassung der Heizungssteuerung an die tatsächlichen Nutzungszeiten und Temperaturbedarfe (Nachtabsenkung!) in den einzelnen Gebäuden. Oftmals sind die Heizungsanlagen im Dauerbetrieb, obwohl etwa im Gemeindehaus häufig nur nachmittags und nicht an allen Wochentagen Veranstaltungen stattfinden. Einige „Quick Wins“ sind etwa das Umrüsten der Beleuchtung auf energieeffiziente LEDs oder das Einsetzen von Kippschaltern für Elektrogeräte zur Vermeidung des Dauer-Stand-bys. Auch die Warmwasserbereitung kann mithilfe von Durchlauferhitzern an Wasch- und Spülbecken dezentral strukturiert werden, wodurch im Heizungskeller kein großer Wassertank dauerbeheizt werden muss.

Darüber hinaus ist es wichtig, mit den Menschen der Kirchengemeinde ins Gespräch zu kommen und von den eigenen Zielen, Erfolgen und Hintergründen zu berichten. Der gemeinsame Austausch kann dazu genutzt werden, um weitere Menschen für das Thema zu sensibilisieren und zum Handeln anzuregen, aber auch um in der Gemeinschaft weitere Ideen zu schaffen. Nicht zuletzt bieten sich Schöpfungsgottesdienste oder die



LUTHERGEMEINDE IN MAINZ: GÜNTHER INGENTHON (ENERGIEBEAUFTRAGTER)

„Mich motiviert besonders die Möglichkeit, mit kleinen, praktischen Maßnahmen zum Klimaschutz beizutragen. Die Wertschätzung und das positive Echo innerhalb der Gemeinde sowie die fachliche, kompetente Unterstützung des ZGV und das niederschwellige Angebot, den Energieverbrauch zu senken, finde ich sehr gut und in der heutigen Zeit absolut notwendig. Mit der Energiemission

können wir unser Handeln noch ökologischer und umweltbewusster gestalten. Wir haben nur einen Planeten. Es ist unser Auftrag diese Schöpfung zu bewahren.“

Abbildung: Heizungsraum im Gemeindehaus der Ev. Luthergemeinde.



STIFTSKIRCHENGEMEINDE DIETZ: MAREN BUSCH (ENERGIEBEAUFTRAGTE)

„Schön war, dass wir in dem Projekt Energiemission ganz eng mit unserer Nachbargemeinde zusammengearbeitet haben. Außerdem wurde auch der Blickwinkel für neue Akteure und Ehrenamtliche geweitet, sodass wir nun Kontakte knüpfen zu Menschen, die sich regional für Nachhaltigkeit einsetzen und bisher mit Kirche noch wenig Berührungspunkte hatten. In Sachen Klimakrise habe ich leider oft das Gefühl von mangeln-

der Selbstwirksamkeit und Ohnmacht. Die Energiemission gibt einem die Möglichkeit ins ‚Tun‘ zu kommen.“

Abbildung: Vor der Jakobuskirche in Freien- diez (v.l.n.r.): Kerstin Lüderitz (Pfarrerin Jakobusgemeinde Diez Freien- diez), Maren Busch (Vorsitzende Kirchenvorstand Stiftskirchengemeinde), Ingo Lüderitz (Pfarrer Stiftskirchengemeinde Diez).

Konfirmandenarbeit dazu an, die gemeinsame Schöpfungsverantwortung weiter in der Kirchengemeinde zu etablieren und im besten Fall auf weitere Lebensbereiche zu übertragen.

Bilanz: Schwerer Start und gute Fahrt

Seit Einführung der Energiemission in der EKHN im Frühjahr 2020 haben sich bereits zahlreiche Kirchengemeinden mit auf den Weg gemacht, Energie einzusparen. Der Startzeitpunkt der Energiemission verlief parallel zum ersten Corona-Jahr. Der Austausch mit den Kirchengemeinden und das Bewerben der Energiemission gestalteten sich daher schwierig, und ein Zugang war in vielen Fällen nur sehr eingeschränkt möglich. Dennoch haben sich erste engagierte Kirchengemeinden herangewagt.

Informationsveranstaltungen, Online-Angebote und die Winteraktion „Mit Energie gewinnen“¹ des ZGV im Winter 2021/22 haben bei weiteren Kirchengemeinden Interesse am Thema geweckt. Die aktuelle Energiekrise rückt das Energiesparen noch dringlicher denn je in den Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, denn auch Kirchengemeinden sehen sich mit stark steigenden Energiepreisen konfrontiert.

Bis heute sind zwölf Kirchengemeinden aktiv in der Umsetzung der Maßnahmen, weitere 30 Kirchengemeinden sind gerade gestartet oder sind in der Vorbereitung, 16 weitere möchten sich noch auf den Weg machen.

Kirchliches Handeln und ehrenamtliches Engagement bilden das Herzstück der Energiemission. Die christliche Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung wird durch das tatkräftige Handeln in der Gemeinschaft und das große Engagement in den Kirchengemeinden vor Ort deutlich. Das macht kirchliches Handeln so besonders. ■

Quellen

¹ <https://www.zgv.info/umwelt-digitale-welt/artikel-einzelsicht/841-winteraktion-mit-energie-gewinnen>

Gedanken rauschen wie ein Wasserfall ...

Wir alle haben in unserem Leben wahrscheinlich schon mal einen Brief geschrieben, manche sogar handschriftlich, und per Post verschickt. Heute sind Briefe per Postzustellung eher die Ausnahme. Die E-Mail hat zwar nicht das Briefeschreiben überflüssig gemacht, es jedoch weitgehend ersetzt. Diese Überführung von einem analogen, haptischen Zustand in ein digitales Format nennt man Digitalisierung.

Eine Schallplatte wird zu einer digitalen CD, einer Ansammlung digitaler Daten auf einer dünnen Scheibe aus Polycarbonat und einer dünnen Metallschicht. Doch auch diese Form verliert an Bedeutung, Musikstreaming ist im Kommen.



von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ m.grunewald@zgv.info



Die Digitalisierung verändert aber nicht nur den Zustand eines Gegenstandes, sie kann durchaus auch gesellschaftliche Auswirkungen haben. Diese Veränderung wird als digitale Transformation bezeichnet. Die digitale Transformation gilt es in den Blick zu nehmen, denn sie zeigt uns die Veränderungen in unserem Alltag. Wer kann sich denn heute noch an Schallplattenläden erinnern?

In dem Projekt „Gedankenrauschen“, das vom ZGV und dem Fachbereich Erwachsenenbildung und Familienbildung des Zentrums Bildung der EKHN gemeinsam durchgeführt wurde, haben wir uns diese Veränderungen angeschaut, haben mit Fachleuten gesprochen, die die digitale Transformation aus unterschiedlichen Blickwinkeln begleiten. Zwölf Gespräche wurden aufgezeichnet und auf der Internetseite „www.gedankenrauschen.de“ veröffentlicht.

Interessiert hat uns beispielsweise, welchen Einfluss die Digitalisierung auf das mobile Arbeiten, die Trauerkultur, die Meinungsbildung oder die Bildungsarbeit hat. Aber auch die Rolle des Datenschut-

zes, in der öffentlichen Debatte oftmals als Hindernis der eigenen Arbeit bewertet, schauten wir uns an.

Fünf Beispiele

1 Homeoffice hat in Teilen der Arbeitswelt Einzug gehalten. Für manche Unternehmen und Beschäftigte erschien das vor Corona völlig abwegig. Jetzt, nach den gesammelten Erfahrungen, erscheint es einem Großteil der Beschäftigten, die im Homeoffice gearbeitet haben, heute nicht nur möglich, sie möchten sogar nicht mehr darauf verzichten. Immer mehr Vereinbarungen werden getroffen, die ein geregeltes Arbeiten an beiden Orten ermöglichen. Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, das teilte uns Dr. Anja Gerlmaier, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen, mit, dass nicht entweder oder, sondern beides seine Berechtigung hat.

2 Viele Familien haben Angehörige verloren, konnten aber Corona-bedingt keine oder nur kleine Trauerfeiern organi-

sieren und gemeinschaftlich keine Erinnerungen an die Verstorbenen teilen. Digitale Angebote der Teilhabe gibt es schon länger, waren aber bislang doch häufig auf das Anzünden digitaler Kerzen oder Eintragungen in digitalen Kondolenzseiten beschränkt. Wir haben darüber mit der Bestatterin Lilli Berger gesprochen, die angefangen hat, einen die klassischen Rituale ergänzenden Weg zu gehen und einen über das Internet erreichbaren dreidimensionalen Begegnungs- und Erinnerungsraum aufzubauen. Dafür greift sie auf ein Design zurück, das an einen Raum erinnert, wie wir ihn aus vielen Kirchen kennen. Nach vorne ausgerichtete Bänke, ein zentrales Symbol, eine zentrale „Kanzel“.

3 Apropos Internet. Bei jedem Aufruf einer Internetseite begegnet uns mittlerweile das Thema Datenschutz. Im Gespräch mit der Publizistin Katharina Nocun und dem Datenschutzbeauftragten der Stiftung Warentest, Peter Knaak, stellten wir schnell fest, dass es nicht um den Schutz von Daten geht. Geschützt werden sollen die Menschen, denn auf



DIGITALER BEGEGNUNGS- UND ERINNERUNGSRAUM

Onlinekurse und jederzeit abrufbare Lernvideos haben dazu beigetragen, auch in vielen Bereichen unserer Landeskirche Kompetenzen zu erweitern. Das mit dem Weiterbildungspreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnete und über das Internet abrufbare Angebot www.erwachsenenbildung.digital, das gemeinsam vom Zentrum Bildung und dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung bereitgestellt wurde, ist eines der Praxisbeispiele, die wir im Gespräch mit den Bildungswissenschaftlerinnen Nele Hirsch und Annika Gramoll sowie Tobias Thiel von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt angesprochen haben. Auf dieser Internetplattform sind kurze Erklärvideos abrufbar, die sich mit Themen rund um die Nutzung digitaler Dienste, beispielsweise Videokonferenzen, beschäftigen.

Nach über zehn Gesprächen haben wir einen Einblick davon bekommen, dass Digitalisierung nur einen Teil des Prozesses der Veränderungen beschreibt. Die digitale Transformation verändert unser Zusammenleben nachhaltig, wie die Beispiele zeigen. Sie verändert unsere Kultur und wirft an vielen Stellen die Frage auf, ob wir diese Veränderungen überhaupt möchten. Manchmal sind individuelle Lösungen möglich, so können wir immer noch Briefe schreiben oder Schallplatten kaufen. Wenn es die gewünschte Musik noch auf Schallplatte gibt! Manche Dinge sind aber nicht individuell zu regeln. Hier ist die Politik gefragt. In einer Demokratie heißt das, sich zu beteiligen. Sei es durch Wahlen oder durch aktive Mitgestaltung von Prozessen. Als kirchliche Einrichtung nehmen wir mit der Veröffentlichung der Gespräche nicht nur unseren Bildungsauftrag wahr, sondern wollen auch zum Nachdenken anregen. Denn wenn Gedanken rauschen, können Prozesse in Gang kommen. ■

der anderen Seite der Datenleitung arbeiten Systeme daran, unsere Daten wirtschaftlich verwertbar zu machen. Je mehr über uns bekannt ist, desto besser können Produkte, beispielsweise über personalisierte Werbung, verkauft werden. Aber nicht nur das. Auch die oben angedeutete Beeinflussung unserer Meinungsbildung ist Teil des Systems. Wenn Anbieter ein Interesse daran haben, uns möglichst lange auf ihrem Angebot zu halten, werden uns – wie beispielsweise auf Youtube – weitere Inhalte unterbreitet, die uns aufgrund unseres Nutzungsverhaltens (gesammelte Daten) interessieren könnten. Dies kann zu einer Reduzierung von Meinungsvielfalt führen, da immer wieder Videos angeboten werden, die der eigenen Meinung entsprechen.

4 Meinungen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie formen sich aus den Informationen, die wir wahrnehmen und verarbeiten. Mit der Digitalisierung haben sich zur Verfügung stehende Informationen vervielfacht und die Wege ihrer Verbreitung wesentlich geändert. Neben dem persönlichen Erleben und den klas-

sischen Medien wie Zeitung und Fernsehen ist das Internet heute ein unendliches Sammelsurium von Informationen. Doch wie beeinflusst das unser Denken, unser Zusammenleben, wenn wir von Algorithmen gesteuerte Informationen erhalten? Hassreden und persönliche Angriffe erfahren durch die Algorithmen in den sogenannten sozialen Medien eine schnellere und weitere Verbreitung als gute Nachrichten, denn Menschen reagieren stärker auf polarisierende Aussagen. Stärkere Reaktionen wiederum erhöhen die Sichtbarkeit. Wie das Beispiel im vorangegangenen Abschnitt zeigt, beeinflusst das unsere Meinungsbildung. Im Gespräch mit Dr. Jan-Hinrik Schmidt vom Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg gingen wir diesen Veränderungen nach.

5 Die Digitalisierung hat auch die Bildungsarbeit stark verändert. Neben den an vielen Orten beschriebenen Unzulänglichkeiten in der schulischen Bildung sind Angebote entstanden, die unabhängig von Raum und Zeit wahrgenommen werden können. Strukturierte

An vielen Orten zugleich. Herausforderungen in einer hybriden Welt

Die EKHN möchte einen (noch) stärkeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten und innerhalb der Sozialräume das gesellschaftliche Leben mitgestalten.

Doch was bedeutet das für eine Gesellschaft, die sich vermehrt in digitalen Sphären bewegt?



von: Lukas Spahlinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ l.spahlinger@zgv.info

Was macht einen Ort zu einem Sozialraum?

Ein Ort wird meist physisch begriffen: eine Bank in einem Park, das Wohnzimmer mit der bequemen Couch oder ein Konzertsaal mit Bühne und Zuschauerplätzen. Orte sind also je nach ihrer Funktion ausgestaltet, sie haben ein bestimmtes Design. Sie sind außerdem geografisch lokalisierbar, man sucht die Adresse heraus und bewegt sich dort hin. All das gilt auch für digitale Orte. Auch Websites haben eine Adresse, wir geben sie in die Suchzeile unseres Browsers ein. Sie sind geografisch lokalisierbar, die Daten sind auf einem Server gespeichert. Und auch Websites haben ihr eigenes Design. Sind Websites deshalb schon Sozialräume? Nicht unbedingt. Denn in einem Sozialraum bedarf es noch der Möglichkeit zur sozialen Interaktion. Kann ich Inhalte kommentieren? Kann ich Daten mit anderen teilen? Kann ich mich mit anderen Personen austauschen, womöglich sogar in Echtzeit?

Sobald wir online sind, sind wir an mehreren Orten

Begegnung und Kommunikation ist orts- und zeitunabhängig geworden. Das ist nicht trivial, denn es macht deutlich, dass sich die intuitive Vorstellung von menschlicher Interaktion massiv durch digitale Technologien verändert hat. Durch digi-

tale Technologien sind wir sogar in der Lage, an mehreren Orten gleichzeitig zu sein. Ich unterhalte mich mit einer Kollegin im Büro, schreibe im nächsten Moment mit einem Freund per Messenger und verfolge nebenher einen Live-Stream der Kirchensynode. Die Möglichkeit, in vielen Sozialräumen zugleich zu sein, ist verlockend, kann aber auch zu einer enormen Verdichtung des Alltags oder zu Konzentrationsverlust führen, wenn beispielsweise keine Pausen mitgedacht werden. Mit diesen Entwicklungen umzugehen, ist herausfordernd, für manch einen sogar überfordernd. Es ist – ob wir es uns bewusst gemacht haben oder nicht – zur Normalität geworden. Die Frage ist, wie wir damit umgehen möchten. Darüber muss gesprochen werden!

Welche Rolle spielen digitale Sozialräume?

Die Bedeutung digitaler Sozialräume wird noch immer unterschätzt. Dabei wird in ihnen ein Großteil unseres Zusammenlebens organisiert. In der Kommunikation mit Freund*innen und Familie per Messenger. Sowohl neue, aber auch traditionelle Medien sind im Netz aktiv. Meinungsbildung hat sich also zu einem großen Teil ins Internet verlagert und somit auch die Entscheidungsfindung. Auf Plattformen wie nebenan.de wird Nachbarschaftshilfe koordiniert, ebay-Kleinanzeigen, rebuy.de oder andere

Tauschbörsen leisten ihren Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Schon zu Beginn der 2000er-Jahre trafen sich junge Menschen in digitalen Sozialräumen. Damals hießen sie Lokalisten, StudiVZ oder ICQ. Kein Zugang zum Internet oder keinen Account auf diesen Plattformen zu haben, bedeutete am nächsten Tag nicht mitreden zu können. Das zeigt, dass Menschen in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander und zu dem Kontext stehen, in dem sie sich bewegen. Denn soziale Interaktion ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Also nutzen wir die Kanäle, um im Austausch mit der eigenen Peergroup oder dem beruflichen Netzwerk zu sein. Das hat zur Konsequenz, dass wir in Abhängigkeit von dem eigenen sozialen Umfeld auch den entsprechenden Sozialraum wählen. Für immer mehr Menschen sind diese Sozialräume heute digital.

Die Angebote werden immer vielschichtiger – die digitale Welt wird unübersichtlicher

Betrachtet man die Genese des Universums digitaler Plattformen, wird deutlich, dass digitale Sozialräume sich ausdiffe-



renziert haben. Es gibt inzwischen eine unüberblickbare Vielzahl an Angeboten, für die man sich entscheiden kann. Je nach Merkmal entscheiden wir uns für unterschiedliche Plattformen, für unterschiedliche Sozialräume. Merkmale kann Interessen oder Hobbies meinen, den Musikgeschmack, aber auch das Medium, das bevorzugt genutzt wird. Ist man besonders an Video-Content interessiert, sind Tik-Tok oder youtube die etablierten Plattformen. Ist man ein großer Fan von Hörbüchern oder Podcasts, gibt es Apps wie Audible, Bookbeats oder Spotify. Die Auswahl an Inhalten wird uns hier zu einem Teil abgenommen. Wie Plattformen Inhalte vorsortieren, ist in den meisten Fällen intransparent, da es sich hierbei um Geschäftsgeheimnisse der Plattformbetreibenden handelt. In der Regel sind Algorithmen darauf ausgerichtet, dass die uns präsentierte Vorauswahl an Inhalten unserem digitalen Verhalten und unseren Interessen entspricht. Sie können dabei unterstützen, die Flut an Informationen zu filtern. Das gelingt mal gut, mal weniger gut. Es hat jedoch zur Folge, dass die Vorselektion von Inhalten einen Einfluss darauf hat, welche Infor-

mationen wir konsumieren, welche Videos wir uns anschauen, womöglich sogar mit wem wir uns austauschen und mit wem wir Inhalte teilen. Das gilt jedoch nur, wenn wir uns mit den Vorselektionen zufriedener geben und uns diesen Entwicklungen hilflos ausliefern. Der digitalen Welt liegt also eine eigene Logik zugrunde, die abhängig von der benutzten Technologie auch einen Einfluss auf die sozialen Interaktionen haben kann.

Digitales und Analoges schwimmt

Begreift man jedwede digitale Technologie, die Interaktion zwischen mindestens zwei Personen zulässt, als einen digitalen Sozialraum, muss man feststellen, dass sich diese Vielzahl an Sozialräumen in ihrer Logik und in ihrem Design unterscheidet. Nichtsdestotrotz ist es wesentlich, die digitale Welt als das zu begreifen, was sie schon längst ist: ein Sozialraum! Sozialräume gibt es viele, und die digitale und analoge Sphäre schwimmen. Das wird deutlich in den Versuchen, hybride Veranstaltungen zu organisieren oder wenn wir per App ein Produkt auswählen

und es dann im Laden abholen. Eine Beschäftigung mit der Logik und den Risiken, die diese Sozialräume mit sich bringen, ist dabei unerlässlich. Wie gehe ich mit digitalem Stress um, wenn beispielsweise die Internetverbindung nicht funktioniert oder ich dem latenten Druck der ständigen Erreichbarkeit nicht standhalte? Wie informiere ich mich in Anbetracht der massiven Flut an Informationen, die uns über die verschiedensten Kanäle erreichen? Angesichts von Hate-Speech und Fake-News-Kampagnen, die das Potenzial haben, Wahlen in Demokratien zu beeinflussen, und die systematische Diskriminierung von marginalisierten Gruppen nach sich ziehen, ist es zentral, die Logik und die Funktionsweisen von Plattformen zu hinterfragen und zu einem Diskurs darüber beizutragen, wie die Würde des Menschen umfänglich geschützt werden kann und ein gesellschaftlicher Austausch über die Grenzen der jeweils eigenen Blase hinweg möglich bleibt.

Gemeinwesen und digitale Sozialräume

Die EKHN hat einen Gestaltungsanspruch formuliert. Sich für das Gemeinwohl einzusetzen und das Gemeinwesen stärken zu wollen, erfordert eine Analyse der Sozialräume, ihrer Logiken, ihrer Beteiligungsmöglichkeiten und ihres Designs. Im Kern sind die Fragen sehr ähnlich, egal ob es sich um physische oder digitale Sozialräume handelt: Wie können Sozialräume inklusiver gestaltet werden? Welche Ausgestaltungsmöglichkeiten und welches Design sind für die jeweilige Funktion des Sozialraums sinnvoll? Welcher Regeln bedarf es für den gemeinsamen Umgang innerhalb der Sozialräume? Wie können Austausch und Beteiligung gefördert werden?

Die Ambivalenz des Digitalen zwischen Chancen und Herausforderungen, die von unterschiedlichen Personen sehr unterschiedlich bewertet werden, macht weiterhin Erfahrungs- und Experimentierräume notwendig. Darüber hinaus ist ein gesellschaftlicher Diskurs über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die individuellen Lebenswelten notwendig. Räume für diese Debatte zu öffnen, wäre doch ein erster guter Ansatz, um einen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten. Das ZGV wird sich daran beteiligen. ■



ES IST WESENTLICH, DIE DIGITALE WELT ALS DAS ZU BEGREIFEN, WAS SIE SCHON LÄNGST IST: EIN SOZIALRAUM! SOZIALRÄUME GIBT ES VIELE, UND DIE DIGITALE UND ANALOGE SPHÄRE VERSCHWIMMEN.



VON LANDWIRTEN WIRD VERMEHRT
EINE HOHE ANPASSUNGS- UND
SELBSTORGANISATIONSFÄHIGKEIT
GEFORDERT

STADT- & LANDENTWICKLUNG

Resilienz in der Landwirtschaft. Weltweite Ernährungskrise

Der Agrarsektor sowie die gesamte vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette gehören zur „kritischen Infrastruktur“. Die Covid-Pandemie hat dies nochmals eindrücklich aufgezeigt. Multiple Krisen, welche eng miteinander verwoben sind

und sich gegenseitig verstärken, sind kein Ausnahmezustand mehr. Sie sind ein Charakteristikum unserer Zeit, auf das es sich einzustellen gilt.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Stadt- & Landentwicklung
m.heincke@zgv.info

Die durch Pandemie, Klimawandel, exzessive Globalisierung, russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und Energiemangel ausgelösten Krisendynamiken in der Gesellschaft schlagen voll auf den Agrar- und Ernährungssektor durch.

Auf der globalen Ebene hat sich in den letzten Jahren die Ernährungssicherheit wieder deutlich verschlechtert. Hunger wird als Waffe eingesetzt. Derzeit sind von den acht Milliarden Erdbewohnern

mindestens 830 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Mit steigender Tendenz.

Resilienz als prioritäres agrarpolitisches Ziel

Ungewissheiten und Zukunftsängste steigen permanent an. Das Thema Resilienz in der internationalen, europäischen und deutschen Landwirtschaft hat deshalb deutlich an agrarpolitischer Bedeutung

gewonnen. Ziel ist die langfristige Stabilisierung der globalen Ernährungssysteme.

Die Stärkung der Resilienz landwirtschaftlicher Unternehmen ist aber auch auf der persönlichen, familiären und gesamtbetrieblichen Ebene nötig. Landwirte sind zu hoher Flexibilität und vielen Anpassungsleistungen gezwungen, um sich z. B. auf Dürreereignisse samt Ernteausfällen, veränderte Verbrauchergewohnheiten oder Preisschocks bei Düngemitteln einzustellen.

Resilienz ist ein wichtiges Merkmal von Zukunftsfähigkeit. Während sich Resilienz auf die Kapazität bezieht, angesichts eines Schocks weiterzubestehen, bezieht sich Nachhaltigkeit auf die Kapazität, eine Leistung eines Systems im Laufe der Zeit aufrechtzuerhalten. Für die Landwirtschaft gilt beides – sie muss sowohl resilient als auch nachhaltig sein.

Ein prominentes Negativbeispiel für fehlende Resilienz sowie fehlende Nachhaltigkeit ist die ehemalige Wüstenregion Almeria in Spanien. Heute ist dort der größte „Obst- und Gemüsegarten“ Europas – ein „Meer aus Gewächshäusern“. Bereits in wenigen Jahren bedroht die Übernutzung des Wassers die Existenz dieser Gemüsebetriebe.

Gedeihen, Wachsen, Vergehen, Auferstehen?

Viele soziale, ökonomische oder ökologische Systeme kennen typische zeitliche Entwicklungsabfolgen: auf eine hoch dynamische Wachstumsphase folgt eine Konsolidierungs- und Konservierungsphase. Treten permanente Desintegrationsprozesse oder plötzliche starke Krisen auf, kann dies bei geringer Resilienz des Systems zu einem schnellen oder sich hinziehenden Kollaps führen. Bei hoher Resilienz ist hingegen eine Reorganisation des Systems möglich.

Die Landwirtschaft konnte über Jahrhunderte hinweg viele große Herausforderungen erfolgreich bewältigen. Durch ihre extrem hohe Lernfähigkeit hat sie sich stetig verändert und weiterentwickelt. Die aktuellen Problemlagen sind jedoch zeitlich hoch dynamisch sowie extrem komplex. Notwendig ist deshalb ein proaktiver, systematischer Wissenstransfer auf breiter Front. Zudem ist es entscheidend, Robustheit, Anpassungsfähigkeit und Transformierbarkeit der

Landwirtschaft im Sinne einer höheren Resilienz zu stärken.

Robustheit, Anpassungsfähigkeit, Transformierbarkeit

Die Widerstandsfähigkeit landwirtschaftlicher Systeme ist je nach Region, Betriebstyp sowie individueller Unternehmensstruktur verschieden ausgeprägt. In Tierhaltung, Pflanzenbau oder Sonderkulturen gibt es unterschiedliche Herausforderungen. Die Steigerung der individuellen Resilienz der Betriebe kann deshalb bloß kontextspezifisch geschehen und ist ein stetig fortlaufender Prozess.

Entscheidende Voraussetzung dafür ist ein kritisches Überdenken der bisherigen betrieblichen Entwicklungsziele. In der Landwirtschaft gibt es seit vielen Jahren experimentell erprobte Lösungskonzepte zur Risikoverminderung. Bisher waren viele dieser Ansätze jedoch ökonomisch nicht tragfähig. Oder sie standen der über Jahrzehnte hinweg eingebläuten klassischen Ertragsmaximierungs-, Spezialisierungs- und Wachstumsmaxime entgegen.

Es bedarf deshalb eines deutlichen Umdenkens sowie viel Experimentierfreude, um jetzt z. B. auf Ertragsstabilität in diversifizierten Mischkultursystemen zu setzen oder zum Agroforst-Pionier zu werden.

Ein gutes Zeitfenster für betriebliche Neuorientierungen ist die Hofübergabe. Ein grundsätzliches Hindernis für tiefgreifende Betriebsveränderungen sind jedoch auch dann die oft langen, sehr

kapitalintensiven Erneuerungs- und Investitionszyklen in der Landwirtschaft.

Robustheit in der Landwirtschaft bezieht sich auf das Ausmaß der Fähigkeit, eine kurzfristige Krise zu bewältigen. Die bestehenden Strukturen bleiben trotz des Schocks erhalten. Es werden keine starken Veränderungen oder größeren Investitionen im Betrieb vorgenommen. Ein Beispiel für Robustheit sind leistungsstarke Notstromaggregate, welche bei einem Stromausfall die Zwangsbelüftungssysteme von geschlossenen Stallsystemen am Laufen halten.

Bei länger anhaltenden oder tiefer gehenden Veränderungen ist eine hohe Anpassungs- und Selbstorganisationsfähigkeit der Betriebe gefordert. Ein anpassungsfähiges System antizipiert Veränderungen, um rechtzeitig agieren zu können. Probleme werden identifiziert, Wissen neu kombiniert, Kreativität entfaltet, Netzwerke aufgebaut. Die betrieblichen Strukturen werden den mittelfristigen externen und internen Veränderungen angepasst. Die Grundfunktionen des landwirtschaftlichen Systems werden möglichst stabil gehalten. Das Bestehende wird lediglich erweitert, Pfadabhängigkeiten werden beibehalten. Ein Beispiel ist die Erweiterung von Fruchtfolgen um neue Kulturarten als Anpassung an den Klimawandel. Dies bedeutet bereits mittelfristige Planungshorizonte und größere Investitionen, weil z. B. neue Vermarktungswege nötig werden, wenn plötzlich Speiselinzen, Soja, Buchweizen oder Quinoa angebaut werden sollen.



Dr. Maren Heincke (1.v.l.) mit Vertreterinnen des Landfrauenverbandes Hessen

Bei ganz grundlegenden, lang andauernden externen Veränderungen ist die Transformierbarkeit der Betriebe erforderlich, was ein starkes Lernen auf der Ebene des Individuums voraussetzt. Neue Praktiken werden identifiziert und umgesetzt, lange Planungszeiträume betrachtet und große Investitionen getätigt.

Transformierbarkeit bedeutet die Fähigkeit eines Systems, sich grundsätzlich zu verändern und langfristig neue Grundstrukturen zu entwickeln. In der Landwirtschaft kann dies z. B. bedeuten, den Betrieb stark zu diversifizieren. Ferienwohnungen anbieten, eine Tagespflege für Demenzerkrankte beherbergen, die Erzeugung regenerativer Energien professionell ausbauen oder der Umbau in eine SOLAWI (Solidarische Landwirtschaft) – alles Beispiele für grundlegende Transformationsprozesse. Eine optimistische, lernbereite, fehlertolerante, aber auch konfrontationsbereite Arbeitskultur ist für die Entwicklung echter Innovationen förderlich.

Bisher haben Agrarpolitik sowie Landwirte zu stark auf Robustheit gesetzt. Die Landwirte nutzten typische Risikomanagement-Strategien wie pilzresistente Getreidesorten, Bildung von Liquiditätsreserven oder schlossen Hagelversicherungen ab.

In Krisenzeiten ist jedoch auch das landwirtschaftliche Bildungssystem gefordert, intensiv Weiterbildungen zur „adaptiven und transformativen Resilienz“ anzubieten. Auch hier kooperiert die Landwirtschaft mit den Kirchen. So hat etwa 2021–2022 der Landfrauenverband Hessen mit dem ZGV eine Veranstaltungsreihe „Resilienz in der Landwirtschaft“ durchgeführt. Motto „Den Wandel nicht bloß erleiden, sondern kreativ gestalten!“ ■



Engagement für ein bezahlbares Wohnen vor Ort

Seit einigen Jahren kann man in der Presse die immer gleichen Überschriften lesen: „Wohnen wird teurer! Steigende Kaufpreise! Sozialwohnungen fallen aus der Bindung!“ Während sich diese

Entwicklung zunächst auf die Großstädte beschränkte, weitet sie sich inzwischen immer weiter in die Stadtregionen und ausgewählte ländliche Räume aus.



von: Stefan Heinig, Referat Stadt- & Landentwicklung
➔ s.heinig@zgv.info



Kommunale Handlungsspielräume

Nun kann man diskutieren, welche Weichenstellungen in der Bundes- und Landespolitik in den letzten 20 Jahren diese Entwicklung begünstigt haben. Da geht es zum Beispiel um Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, Mietrecht, Hartz-IV-Reformen, Wohngeld und Wohnungsbauförderung. Und nicht zu vergessen die europäische Zinspolitik, die ganz wesentlich zu den rasant gestiegenen Bodenpreisen, die langfristig den Wohnungsneubau teuer machen, beigetragen hat.

Doch in diesem Beitrag soll der Blick darauf gerichtet werden, was vor Ort auf kommunaler Ebene getan werden kann und welchen Beitrag Kirche und Diakonie leisten können. Dazu sollte man sich zu-

nächst bewusst machen, worauf Kommunen konkret Einfluss nehmen können. Denn auch wenn Kommunen die Mietpreise nicht direkt beeinflussen können, gibt es doch eine Vielzahl von Handlungsoptionen, um ein attraktives und bezahlbares Wohnen lokal zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem:

- **Öffentliche Wohnungsbestände:** Kommunale oder Kreiswohnungsbaugesellschaften können gezielt Wohnungen für einkommensschwache Haushalte und die (Wieder-)Integration in den Wohnungsmarkt anbieten. Gleichzeitig können sie Impulse für wichtige städtebauliche Entwicklungen und den Klimaschutz setzen.
- **Kommunale Bodenpolitik:** Durch die Entwicklung von Baugebieten im kommunalen Eigentum und die Vergabe von

Grundstücken nach Konzept (Konzeptvergabe) können Wohnungsangebote mit den Qualitäten geschaffen werden, die vor Ort benötigt werden. Mittels Flächenvorsorge und Vergabe von Erbbaurechten bleibt die Gemeinde auch langfristig handlungsfähig.

- **Bauleitplanung:** Wenn die Kommune wenig eigene Grundstücke hat, müssen die kommunalen Ziele im Zuge der Bauleitplanung verfolgt werden. Das funktioniert über den Bebauungsplan in Verbindung mit einem städtebaulichen Vertrag nicht ganz so zielgenau wie bei eigenen Grundstücken. Aber insbesondere eine feste Quote geförderter Wohnungen kann bei Neubaugebieten auf diese Weise verbindlich vereinbart werden.

- **Beratung und Vermittlung:** Die Möglichkeiten kommunaler Angebote reichen von der Beratung von Bauherren oder Wohnprojekten zu Fördermöglichkeiten bis hin zur Beratung von Mieterhaushalten hinsichtlich Energieeffizienz. Auch die Begleitung von einkommensschwachen Haushalten und von Obdachlosigkeit gefährdeten Menschen bei der Wohnungssuche gehört dazu.

Wichtig ist, dass auf kommunaler Ebene nicht nur die kurzfristigen Herausforderungen angegangen werden. Eine strategische Wohnungs- und Bodenpolitik ist entscheidend, um auch langfristig ein bezahlbares Wohnungsangebot zu ermöglichen.

WAS IST EINE KONZEPTVERGABE?

Grundstücke werden meist zum Höchstpreis verkauft. Bei der Konzeptvergabe wird das Grundstück dagegen an denjenigen vergeben, der das beste Konzept für eine neue Nutzung hat. Dafür können konkrete Anforderungen wie zum Beispiel ein Anteil geförderter Wohnungsbau oder die Einbindung einer sozialen Einrichtung formuliert werden. Der Preis für das Grundstück ist entweder ein Festpreis (Verkehrswert) oder fließt anteilig in die Vergabeentscheidung. Eine Konzeptvergabe kann sowohl bei einem Verkauf als auch bei Erbbaurechten genutzt werden.





EINE STRATEGISCHE WOHNUNGS- UND BODEN-POLITIK IST ENTSCHEIDEND, UM AUCH LANGFRISTIG EIN BEZAHLBARES WOHNUNGS-ANGEBOT ZU ERMÖGLICHEN.

Rolle des „sozialen Wohnungsbaus“

In Kommunen, in denen preisgünstige Wohnungen besonders knapp sind, kommt es darauf an, dass durch geförderten Neubau zusätzliche mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen entstehen. Häufig spricht man in diesem Zusammenhang vom „sozialen Wohnungsbau“. Die Förderprogramme dafür stellen die Bundesländer zu jeweils länderspezifischen Bedingungen zur Verfügung. Geförderte Wohnungen sind für einen festen Zeitraum – meist zwischen 15 und 25 Jahren – an einen reduzierten Mietpreis gebunden und werden nur an Haushalte mit einem Wohnberechtigungsschein vermietet. Dabei wird häufig angenommen, dass diese Wohnung an besonders arme Menschen oder „Problemhaushalte“ vermietet werden. Doch je nach Bundesland und Förderprogramm fallen 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung unter die Einkommensgrenzen für „Sozialwohnungen“.

Entscheidend ist, dass diese Wohnungsbauförderung vor Ort auch wirklich genutzt wird. Gerade außerhalb der Großstädte ist das keine Selbstverständlichkeit. Dazu sind die genannten Handlungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung, denn durch die eigene Wohnungsbaugesellschaft, die Konzeptvergabe kommunaler Grundstücke oder bei der Entwicklung neuer Baugebiete kann zur Nutzung der Wohnungsbauförderung verpflichtet

werden. Damit die Diskussion nicht in jedem Einzelfall geführt wird, haben viele Städte bereits Grundsatzbeschlüsse gefasst, dass ein bestimmter Anteil der neuen Wohnungen – häufig 30 Prozent – als „sozialer Wohnungsbau“ errichtet werden muss.

Kirche und Diakonie

Was können nun Kirchengemeinden vor Ort für ein bezahlbares Wohnen tun? Kirche kann verschiedene Rollen einnehmen:

- Kirche als Mahnerin: z. B. durch öffentliche Veranstaltungen und das Einbringen in konkrete Planungsprozesse.
- Kirche als Mittlerin: z. B. zwischen den unterschiedlichen Interessen des Klimaschutzes, der kommunalen Finanzsituation und eines Grundrechts auf Wohnen.

- Kirche als Motor: z. B. durch die gezielte Vermietung eigener Wohnungen oder die Vergabe von Erbbaurechten für kirchliche Grundstücke zum Neubau geförderter Wohnungen.

Wichtig ist dabei, Kooperationspartner vor Ort zu finden und Interessen zu bündeln. Gemeinsam mit dem regionalen Diakonischen Werk, aber auch mit sozialpolitischen Initiativen lässt sich das Thema des bezahlbaren Wohnens wirkungsvoller aufgreifen.

Gute Beispiele

Einige gute Beispiele aus Kirche und Diakonie seien hier kurz skizziert:

- Eine Studie der Liga der freien Wohlfahrtspflege, in der auch die Diakonie Hessen aktiv mitwirkt, bereitet erstmals Daten zu den Zugangsschwierigkeiten benachteiligter Gruppen zum Wohnungsmarkt auf. Diese ist nun eine wichtige Grundlage für die Argumentation vor Ort.
- Das Wetterauer Bündnis für soziale Gerechtigkeit, in dem Vertreter*innen der evangelischen Dekanate wichtige Treiber*innen sind, engagiert sich für ein bezahlbares Wohnen im Landkreis. Auf Grundlage des „Sozialindex“ wurde das große Defizit an geförderten Wohnungen

in sechs Städten des Landkreises herausgearbeitet und gegenüber der Presse und Politik thematisiert. Eine öffentliche Veranstaltung zu den Handlungsmöglichkeiten der Kommunen ist geplant.

- Die katholische Kirche Frankfurt hat einen „Leitfaden Wohnen“ erstellt, der u. a. soziale Vermietungsrichtlinien für die Pfarreien enthält.

- Mit dem Trinitatisquartier baut der Kirchenkreis Hamburg-West auf freien Grundstücken rund um die Trinitatiskirche eine Kindertagesstätte, Räume für die Diakonie, Wohnungen für ehemals obdachlose Menschen und ein Café als Begegnungsstätte.

Weitere Informationen zu den Beispielen:

Kurzlink: t1p.de/w6fez

MODELL DER ETHISCHEN ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Wie mit der Abwägung zwischen finanziellen, ökologischen und sozialen Interessen bei der Nutzung kirchlicher Grundstücke umgegangen werden kann, zeigt ein „Modell der ethischen Entscheidungsfindung“ in den EKD-Texten 136 „Bezahlbar Wohnen“.

Kurzlink: t1p.de/8t7fq

Ausblick

Langfristig ist die gemeinwohlorientierte Nutzung von Grund und Boden ein wichtiger Schlüssel für bezahlbares Wohnen. Dazu kann auch die Kirche einen Beitrag leisten. In vielen Landeskirchen finden aktuell Strukturprozesse statt, um bei zurückgehenden Zahlen der Kirchenmitgliedschaft handlungsfähig zu bleiben. Im Prozess EKHN 2030 wird beispielsweise damit gerechnet, dass viele kirchliche Gebäude nicht mehr solidarisch finanziert werden können (C-Gebäude). Aber wahrscheinlich eignet sich eine Reihe von Grundstücken und Gebäuden dazu, langfristig preisgünstige Wohnungen für am Wohnungsmarkt benachteiligte Haushalte zu schaffen. Es lohnt sich, diese Option frühzeitig mitzudenken. ■



DAS SPIEL „WELTIVITY“ BRINGT JUGENDLICHEN DIE THEMEN FRIEDEN, GERECHTIGKEIT, ERNÄHRUNG, KONSUM UND KLIMA NAHE.

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Klima, Corona und Krieg: Wie junge Menschen in Krisenzeiten mit Hoffnung die Zukunft gestalten

„Pro Jahr sollten höchstens 1 bis 2 Dinge passieren“¹, twittert der 26-jährige Satiriker Sebastian Hotz alias „El Hotzo“ am 24. Februar 2022, dem Tag des Angriffskrieges auf die Ukraine. Hotz gilt auf Twitter und Instagram als Sprachrohr der Jugend. Sein Post drückt die Überforderung aus, die viele junge Menschen angesichts der vielen Krisen empfinden. Von Angst zu Hoffnung – welche Rolle kommt gesellschaftspolitischer Jugendbildung in Krisenzeiten zu und wie kann Kirche Heranwachsende im Umgang mit Angst und Hoffnung begleiten?



von: Katharina Adams, Referat Jugendpolitische Bildung
 ➔ k.adams@zgv.info

Junge Menschen haben Ängste ...

Die größten Sorgen haben Jugendliche in Bezug auf den Tod einer nahestehenden Person, Krieg und Klimawandel, wobei insbesondere der Krieg in der Ukraine Angst, Trauer und Kontrollverlust auslöst.² Viele gesellschaftspolitische Debatten sind von Unsicherheiten und großen Unbekannten geprägt. Das Gefühl, dass (zu) viele negative, große Weltereignisse geschehen, kann Ohnmacht auslösen und die Hoff-

nung auf eine bessere Zukunft trüben oder gar verschwinden und zeitweise in Resignation münden lassen. So formuliert Hotz zugespitzt einige Tage nach Kriegsbeginn: „Hatte keine Ahnung, dass ‚es gibt schlimmeres‘ nicht beruhigend, sondern drohend gemeint ist“³. Der relativierend gemeinte und sich auf das Positive besinnende Ausdruck wird hier, durch die eigenen Erfahrungen der vielen Krisen der letzten Zeit, umgedeutet und lässt eine ängstlich-pessimistische Haltung erkennen. Was soll in Zukunft kommen?

... und Gestaltungswillen!

Viele junge Menschen fragen sich, was die Zukunft bringen wird. Konkreter: Die Hälfte der Jugendlichen denkt seit Kriegsbeginn über den eigenen Beitrag zu einer zukünftig besseren Welt nach; 69 Prozent der Jugendlichen finden es wichtig, einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten. Befragt nach den Zukunftsaussichten Deutschlands sind junge Menschen skeptischer als bei ihrer persönlichen Zukunft, auf die die Mehrheit positiv blickt.⁴

Schaut man sich an, wie Ängste und Hoffnungslosigkeit entstehen, wird deutlich, dass dies neben einem Kontrollverlust eng mit einem Mangel an Vorstellungskraft verbunden ist. Anja Besand, Professorin für Didaktik der politischen Bildung, stellt zurecht heraus, dass die Schwierigkeit eben nicht Interessenlosigkeit, sondern Illusions- und Hoffnungslosigkeit ist, wenn es für einige Menschen nicht einmal gedanklich eine Option gibt, dass wir es schaffen, im ganzheitlichen Sinne nachhaltig und in einer diversen Gesellschaft friedlich miteinander zu leben.⁵ Alte Strukturen, Ansätze und Herangehensweisen können so tief verankert und als selbstverständlich empfunden werden, dass manche Fragen nicht gestellt und somit viele Aspekte nicht hinterfragt werden. Es geht also im ersten Schritt nicht darum, die richtigen Antworten zu präsentieren, sondern zuerst die richtigen Fragen zu stellen und wichtiger: vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Das Engagement junger Menschen bezüglich der drängendsten Frage nach unserem gemeinsamen Zusammenleben auf dieser einen Erde ist hierfür das beste Beispiel. In unterschiedlichen Ansätzen und dennoch gemeinsam wird signalisiert: Es muss *anders* weitergehen.

Politische Jugendbildung wichtiger denn je

Konsequenterweise müssen Gegebenheiten geschaffen werden, in denen junge Menschen Hoffnung entwickeln können. Dies ist zentrales Thema für politische Bildner*innen, denn: „Wo das Überkommene abgelegt und vom Neuen geschieden werden muss, sollte politische Bildung es als ihre Aufgabe begreifen,

Menschen in ihrer Kritik- und Handlungsfähigkeit zu stärken und neue Horizonte zu eröffnen⁶. Hierbei spielt das gemeinschaftliche Miteinander eine wichtige Rolle, ebenso wie sich und andere motivieren zu können und auch mit Komplexität und Unvorhergesehenem umgehen zu lernen – ohne dabei, sprichwörtlich, die Hoffnung (und Nerven) zu verlieren. Durch erfahrbare Selbstwirksamkeit und damit die allumfassende Stärkung von jungen Menschen kann Hoffnung erwachsen und miteinander geteilt werden. Folglich ist Hoffnung vermittelbar⁷ – genau hier setzen Angebote der jugendpolitischen Bildung an. Spiele können dabei hilfreich sein.

Sozialökologische Transformation: Spielerischer Einstieg in komplexe Themen

Das Spiel *Weltivity* behandelt die Themen Frieden, Gerechtigkeit, Ernährung, Konsum sowie Klima und richtet sich an Jugendliche ab 13 Jahren. Erfunden und weiterentwickelt wurde es vom Landesjugendpfarramt der Evangelischen Ju-

gend der Pfalz, der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung. Im Spiel treten drei Teams in den Wettlauf mit der Zeit und müssen in 90 Minuten die Erde einmal umrunden und verschiedene Aufgaben lösen. Hierdurch werden aktuelle politische Bildungsthemen diskutiert: Was ist eigentlich Frieden? Weshalb sind Fragen zu meinem Konsumverhalten wichtig? Wie können Strukturen geändert werden? Was heißt Gerechtigkeit? Und wie hängt das alles mit dem Klimawandel zusammen?

Für politische Bildner*innen stellt sich zurzeit in besonderem Maße die Frage, wie politische Jugendbildung in Krisenzeiten gelingen kann. Das Thema der Resilienz junger Erwachsener spielt eine wesentliche Rolle. Wichtig ist ebenso die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, denn: Wer auf bereits gelungene Beispiele selbstwirksamen Erlebens blicken kann, geht eher davon aus, dies auch zukünftig wieder zu erleben. Zwar weiß man noch nicht genau wie, aber man vertraut auf sich selbst – man hofft.

Kirche als Trägerin gesellschaftspolitischer Bildung

„Ich bin auf diese Welt gesetzt worden, um sie lebenswerter zu gestalten. Nicht, um auf die nächste Welt zu warten. Wir brauchen Utopien, um handlungsfähig zu bleiben“⁸, führt die 26-jährige EKD-Präses Anna-Nicole Heinrich in einem Interview an. Die Vision: eine bessere Welt, eine gerechtere Welt und insbesondere eine Welt in Frieden. Utopien können dabei helfen, Gestaltungskraft zu generieren, wenn die Frage nach dem „Wofür?“ beantwortet werden kann. Deshalb sind Utopien in der politischen Bildungsarbeit (und die sich anschließende Reflexion und Kritik dieser) wichtiger Bestandteil. Utopien können durch das Aufzeigen und die Erinnerung daran, „dass vieles, was uns heute selbstverständlich ist, einmal utopisch erschien“⁹, Hoffnung (zurück)geben. Junge Menschen dabei zu unterstützen, sich als Gestalter*innen der Zukunft zu verstehen und an die eigenen Ideen und an sich selbst zu glauben – das ist Aufgabe der politischen Jugendbildung ebenso wie es Auftrag der Kirchen ist. Die Evangelische Kirche ist Trägerin, Akteurin und Mitgestalterin gesellschaftspolitischer Bildung und nimmt damit eine entscheidende Rolle ein, wenn es um die Stärkung Jugendlicher und ihrer Visionen geht. Die Zukunft kann gemeinsam hoffnungsvoll gestaltet werden, weshalb junge Menschen unbedingt in verantwortliche Entscheidungsfindungen der Zukunft einbezogen werden müssen. ■



AUFGABE DER POLITIK UND AUFTRAG DER KIRCHEN: JUNGE MENSCHEN DABEI ZU UNTERSTÜTZEN, SICH ALS GESTALTER*INNEN DER ZUKUNFT ZU VERSTEHEN UND AN DIE EIGENEN IDEEN UND AN SICH SELBST ZU GLAUBEN.

Quellen

- Hotz, S. [elhotzo] (2022, 24. Februar): pro Jahr sollten... [Tweet]. Twitter. <https://twitter.com/elhotzo/status/1496795498614820868> (Zugriff: 10.11.2022).
- Vgl. Liz Mohn Center, Bertelsmann Stiftung: Was bewegt die Jugend in Deutschland?, 2022, S. 3, 8.
- Hotz, S. [elhotzo]. (2022, 26. Februar): hatte keine Ahnung, ... [Tweet]. Twitter. <https://twitter.com/elhotzo/status/14975272266832666625> (Zugriff: 10.11.2022).
- Vgl. Liz Mohn Center, Bertelsmann Stiftung, 2022, S. 1, 5.
- Vgl. Besand, A.: Hoffnung und ihre Losigkeit. Politische Bildung im Zeitalter der Illusionskrise. In Dies./Overwien, B. & Zorn, P.: Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, 2019.
- Jantschek, O.: Eine andere Welt ist möglich. In: Außerschulische Bildung 2/2022, S. 34.
- Vgl. Besand, 2019.
- Vgl. Rahmann, S.: „Ich gestalte mein Leben in Freiheit“: Anna-Nicole Heinrich zu Gast in Köln, 2022. <https://www.kirche-koeln.de/ich-gestalte-mein-leben-in-freiheit-praeses-der-synode-der-evangelischen-kirche-in-deutschland-anna-nicole-heinrich-zu-gast-in-koeln/> (Zugriff: 10.11.2022).
- Jantschek, 2022, S. 34.

Ambivalenzen aushalten, Allianzen bilden! Antisemitismus- und Rassismuskritik verbinden



Antisemitismus und Rassismus stehen in enger Verbindung. Engagement gegen beide Phänomene sollte sich gut ergänzen. Tatsächlich widersprechen sich in der öffentlichen Debatte verschiedene Lager oft vehement. Woran liegt das, und wie könnte ein Ausweg aussehen?

von: Matthias Blöser, Projekt Demokratie stärken m.bloeser@zgv.info



In den letzten Jahren hat sich die gesellschaftliche und kirchliche Diskussion um Rassismus intensiviert. Insbesondere die sich in Folge der brutalen Ermordung von George Floyd global ausweitende „Black Lives Matter“-Bewegung hat das Thema (Anti-Schwarzer)Rassismus in den öffentlichen Fokus gerückt. So werden rassismuskritische Ansätze aus Selbstorganisation, Aktivismus und politischer Bildung inzwischen erfreulich breit diskutiert. Zugleich löst diese Debatte Gegenwehr insbesondere aus reaktionären politischen Spektren aus, aber auch Disput zwischen unterschiedlichen diskriminierungssensiblen Ansätzen.

Antisemitismus- und Rassismuskritik im Konflikt

Weitere Fortschritte im Kampf gegen Rassismus bedürfen breiter Bündnisse und müssen gegen ablehnende Teile der Gesellschaft im Verbund mit solidarisches und offenen Teilen der Gesellschaft erarbeitet werden. Ein Konflikt, der Fortschritte zusätzlich hemmt, ist die oftmals unproduktive Debatte zwischen Engagierten gegen Rassismus und Engagierten gegen Antisemitismus im eher liberalen politischen Spektrum. Dieser Konflikt lässt Raum für eine rassistische Instrumentalisierung von Israel-Solidarität und Antisemitismuskritik von rechts, die Antisemitismus vor allem muslimisch markierten Menschen zuschreibt und so den Antisemitismusvorwurf von sich selbst weitgehend fernhält.

Jahrhundertealte rassistische und jahrtausendealte antisemitische Denk-

muster und Strukturen sind nicht überwunden. Es ist nötig, diese zu reflektieren und am Abbau von Rassismus und Antisemitismus zu arbeiten. Im besten Falle verstärken sich diese Prozesse oder laufen einander zumindest nicht zuwider. Derzeit stehen einer gemeinsamen Bearbeitung der Probleme – neben klassischer Erinnerungsabwehr – zwei miteinander verbundene Konfliktfelder im Weg: 1. Gedenken an die Shoah im Verhältnis zur Aufarbeitung des europäischen Kolonialismus; 2. einseitige Parteilagerung im israelisch-palästinensischen Konflikt mit einengender Fokussierung auf antisemitismuskritischer Israel-Solidarität oder rassismuskritischer Palästina-Solidarität.

Antisemitismus auf der documenta fifteen

An der erstgenannten Auseinandersetzung zwischen dem Gedenken an die Shoah und der Bearbeitung der Kolonialgeschichte entzündet sich der Konflikt zwischen postnationalsozialistischer Antisemitismuskritik und postkolonialer Rassismuskritik. Die Diskussion um antisemitische Darstellungen auf der documenta fifteen zeigte, wie schwierig eine Verständigung ist. Dass Antisemitismus ein globales Phänomen ist und sich antisemitische Motive somit in Kunstwerken indonesischer und anderer Künstler*innen finden, sollte nicht verwundern. So weist die Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt in ihrer Analyse „documenta fifteen“ darauf hin, dass antisemitische Motive aufgegriffen werden, weil die ideologische Struktur des Antisemitis-

mus eine Täterfigur anbietet, auf die sich Vieles projizieren lässt, das mit erfahrener Ungerechtigkeit und Ausbeutung verbunden ist. Hier kann es nicht darum gehen, Respekt für unterschiedliche Erfahrungsräume aufzubringen, in dem Sinne, dass es eine „provinzielle“ deutsche und jüdische „Überempfindlichkeit“ wegen der Shoah gebe, wie es in der Debatte zu hören war. Als global verantwortungsfähige Subjekte sollten wir Künstler*innen weltweit zutrauen, ihre Kunst bewusst zu gestalten. Diese darf dann weltweit rassismus- und antisemitismuskritisch eingeordnet werden im Bewusstsein der wechselhaften Geschichte von Antisemitismus und Rassismus. Ein Hinweis auf die Entstehung eines Kunstwerks im „globalen Süden“ reicht nicht als Beleg dafür, dass es nicht antisemitisch wirken könne, sondern deutet auf Schuldabwehr aus Sicht der Künstler*innen oder eine paternalistische Haltung hin, als könne oder müsse Kunst aus dem globalen Süden nicht verantwortungsbewusst gegenüber Antisemitismus sein.

Entlastung als Motiv

Antisemitisches Denken bietet eine Täterfigur auch für aktuelle Gerechtigkeitsdebatten. Teile des öffentlich wahrnehmbaren antirassistischen Aktivismus sehen diese Figur im Staat Israel oder im „Jüdischen“ als vermeintlich konkretes Bild unrechtmäßiger abstrakter Macht. Die so Argumentierenden entlasten ihre eigene Position als vermeintlich unschuldig, indem sie die eigene Verstrickung in globale Ungleichheitsverhältnisse auf eine



von ihnen selbst abgrenzbare Täterfigur projizieren. Die Position der Unschuld ist eine begehrte Position, gerade im post-nationalsozialistischen Deutschland. Das jetzige Bewusstsein für die Geschichte und Wirkung der Shoah, das gegen viele Widerstände in Deutschland erkämpft wurde, ist wiederum keine spezifisch deutsche Angelegenheit. In einer globalisierten Welt kann von allen, die sich öffentlich äußern, ein Grundwissen hinsichtlich des Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden und der zugrunde liegenden Vernichtungsabsicht erwartet werden. Zugleich bleibt die Aufarbeitung des Rassismus während und nach der Kolonialzeit ein drängendes und zentrales Anliegen, das aber nicht gegen Erinnerungsarbeit an der Shoah und den Kampf gegen Antisemitismus ausgespielt werden darf. Statt eine Opferkonkurrenz zu forcieren, sollten wir fragen, wie wir Verantwortung übernehmen können für die Folgen von Nationalsozialismus und Kolonialismus. Statt eine bestimmte Erinnerung zurückzudrängen, sollten wir rassistische und antisemitische Geschichtszusammenhänge mit ihren jeweiligen ideologischen Bestandteilen zeigen und nach Wegen der solidarischen Auseinandersetzung suchen.

Von Dichotomie zu Ambivalenz

Eine besondere Schwierigkeit ist, dass Antisemitismus- und Rassismuskritik identitätsrelevant sind. Dies sticht bei der Lagerbildung im Israel-Palästina-Konflikt hervor, in der oft Antisemitismusvorwurf gegen Rassismusvorwurf steht. Durch

die eingeeengte Sicht der jeweiligen Position fällt die Anerkennung eigener Schuld besonders schwer oder wird als gar nicht vorhanden oder als legitime Reaktion verworfen. Leider führt diese Engführung immer wieder dazu, dass ausgerechnet dringend nötige Dialog- und Versöhnungsprojekte delegitimiert werden, weil sie angeblich der Gegenseite helfen oder diese legitimieren würden.

In der produktiven Beschäftigung mit solchen Ambivalenzen kann an frühere Ansätze angeknüpft werden. Jean Améry, der als Jude und Kommunist von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, befasste sich Ende der 1960er mit Aspekten seiner eigenen Gewalterfahrung und derjenigen Frantz Fanons, einem Vordenker der Dekolonisation. Auf der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus im November 2022 (siehe auch die Rubrik „Streiflichter“) warb María do Mar Castro Varela, Professorin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, für gute Praxisbeispiele der Vergangenheit und für Differenzierung: Post-Kolonialismus sei nicht gleich Rassismuskritik. Für eine gute Debatte werde vertieftes Wissen postkolonialer und jüdischer Studien benötigt, um Geschichten sichtbar zu machen und „unaussprechliche Felder zu kartieren“. Sie erinnerte an vergangene jüdische und rassismuskritische Allianzen, beispielsweise Angela Davis' Studium bei Marcuse und Adorno und Edward Saids Solidarität mit Juden und der gleichzeitigen Bearbeitung des Traumas seiner Flucht aus Palästina.

María do Mar Castro Varela verbindet das Ziel der Offenlegung von Ambiva-

lenzen der Moderne und der Aufklärung. Dafür müsste die affektive Seite der Debatte stärker beleuchtet werden. Im Verbund von Jüdischen Studien, Antisemitismus- und Rassismuskritik müsste nach do Mar Castro Varela nicht dichotom, sondern „kontrapunktisch gedacht“ werden, weil die Positionen aufeinander angewiesen seien und sich die andere Position in der eigenen spiegeln müsse. Wenn Empathie im Mittelpunkt stünde, würden verschiedene Traumata nicht gegeneinander ausgespielt und es könne der Notwendigkeit, ethische Reflexe auszubilden, entsprochen werden. Dafür wäre es wichtig, eigenes Leid punktuell zu überbrücken, um anderes Leid an sich heranzulassen. Mit dieser Haltung erscheint das Ziel erreichbar, „universalistische Identitätspolitik, die die Anerkennung von Vielfalt, Gleichheit und Uneindeutigkeit in einem gesellschaftlichen Zustand erstrebt, in dem man ohne Angst verschieden auch von sich selbst sein kann“ (Holz/Haury 2021, S. 367).

Alle Bürger*innen und Institutionen sollten sich gegen falsche „Eindeutigkeiten“ und gegen Antisemitismus und Rassismus stellen, da diese die auf gleichen Rechten für alle basierende, offene und demokratische Gesellschaft angreifen. Der Herausforderung, dass diese zugleich massiv rassistisch und antisemitisch geprägt ist, gilt es sich zu stellen, gerade in Zeiten, in denen die Demokratie zunehmend unter Druck gerät. ■

LITERATUR

Amadeu-Antonio-Stiftung (2022): Lagebild Antisemitismus: Shoah-Gedenken vs. Antisemitismusbekämpfung?, 13.10.2022, Kurzlink: t1p.de/yeqkn

Blöser, Matthias (2015): Antisemitische Ressentiments nach Vortrag über „Givat Haviva“, in: pax christi-Zeitschrift für das Bistum Limburg 3/2015, Text verfügbar unter: Kurzlink: t1p.de/ftf4k

Holz, Klaus, Haury, Thomas (2021): Antisemitismus gegen Israel, Hamburger Edition HIS Verlag, Hamburg

Mendel, Meron, Cheema, Saba-Nur, Arnold, Sina (Hg.) (2022): Frenemies. Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen, Verbrecher Verlag, Berlin

Messerschmidt, Astrid (2022): documenta fifteen – Antisemitismus und Kunst, 28.07.2022, Kurzlink: t1p.de/kevaq



AUS DER REGION

Spaziergang im Entdeckermodus – eine Einladung an Kirchenvorstände und ihre Gäste. Konzept für einen Orts- oder Stadtteilspaziergang

„Ich sehe was, was du nicht siehst, und das ist ...“ Wieso erkundet ein Kirchenvorstand den eigenen Ort oder Stadtteil? Eigentlich müsste er ihn doch kennen! Das tut er auch – aber ab und an ist es hilfreich und gut, neue Wege zu gehen und mit unvoreingenommenem Blick zu schauen, was es vor Ort schon gibt und was gebraucht wird. Gemeinwesenorientierung nennt man diesen Blick! Das sperrige Wort findet sich in den Leitlinien von ekhn2030. Und bedeutet nichts anderes als: „Die Kirche ist nur Kirche,

wenn sie für andere da ist“ (Dietrich Bonhoeffer). Modern übersetzt hat die Präses der EKD Anna Nicole Heinrich es so formuliert: „Raus aus der Bubble, rein in den Schaum“.



von: Annette Claar-Kreh, Dr. Rose Schließmann, Hannah Lieb,
Ev. Dekanat Vorderer Odenwald

Wie können wir diesem Bewusstsein wieder auf die Sprünge helfen? Das ist eine Frage, der wir im Evangelischen Dekanat Vorderer Odenwald mit dem Konzept „Spaziergang im Entdeckermodus“ auf die Spur kommen wollen. Entwickelt wurde es mithilfe weiterer Vorlagen (z. B. www.fragetasche.de) von Dr. Rose Schließmann (Referentin für Menschen in der zweiten Lebenshälfte), Hannah Lieb (Gemeindepädagogin und Mitarbeiterin für Nachwuchsgewinnung und Mitgliederorientierung) und Annette Claar-Kreh (Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung und Bildung). Inzwi-

schen haben wir es in einigen Gemeinden erprobt und so weiterentwickelt, dass es nun auch den Steuerungsgruppen für die Gestaltung der Nachbarschaftsräume geöffnet werden soll.

Worum geht es?

Die neu gewählten Kirchenvorstände sind mit viel Motivation an die Arbeit gegangen. Zusammen mit den erfahrenen Kirchenvorsteher:innen geht es nun darum, die Arbeit neu zu justieren. Die Veränderungen vor Ort und die Anliegen der Menschen sollen dabei aufeinander be-

zogen sein. Durch ekhn2030 wissen wir, dass manches nicht mehr so bleiben kann: Gemeinden rücken näher zusammen. Auch dafür hilft ein Blick ins Gemeinwesen.

Zwei von uns begleiten jeweils eine Entdeckertour. Insgesamt sind drei Termine nötig.

Beim ersten Treffen bereiten zwei Personen aus dem Kirchenvorstand mit uns eine Route vor. Dafür nutzen wir das digitale Format ZOOM und haben das Ziel, innerhalb einer Stunde die grundsätzlichen Punkte geklärt zu haben. So ist der

Aufwand für die KVs überschaubar. Wir haben einen Kriterienkatalog erstellt mit folgenden Fragen: Wer lebt hier, wie würden Sie die Bevölkerung beschreiben? Wo treffen sich die Menschen? Welche Wege müssen sie täglich gehen oder fahren? Welche besonderen Orte gibt es vor Ort? Welche Türen stehen offen, welche sind verschlossen? Wem begegnen wir gerne und was vermeiden wir?

Auf einer Karte werden diese Orte markiert und daraus eine Route erstellt. Der Spaziergang soll am Ende einen Umfang von 2 ½ Std. nicht überschreiten. Und dann die spannende Frage: Wen laden wir dazu ein? Wer kann uns etwas erzählen? Mit wem wollen wir ins Gespräch kommen? Denn es soll darum gehen, voneinander zu hören und unterschiedliche Blickwinkel wahrzunehmen. Gerade in Bezug auf nachbarschaftliche Zusammenarbeit heißt es auch, die Ressourcen zu erkunden.

Der zweite Termin ist die eigentliche Entdeckertour. Möglichst alle aus dem Gremium sollten beteiligt sein. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass der Spaziergang Raum eröffnet für Gespräche, Gedanken und Vorstellungen, die wichtig sind für die Zusammenarbeit im Leitungsgremium.

Was passiert auf dem Spaziergang?

Der gemeinsame Rundgang nimmt die Fragen aus dem Vorgespräch auf und bringt die Entdecker:innen an konkreten Orten in den Austausch. An einem Skateplatz kann es um Beobachtungen gehen, wer sich dort trifft und was dort passiert. Am Friedhof werden Stimmungen aufgenommen und die Bedeutung dieses Ortes für die Menschen besprochen. Die Bushaltstelle oder die Mitnahmebank laden dazu ein, über Mobilität und Erreichbarkeit nachzudenken. Der Blick vom Berg auf die Nachbargemeinden oder das Bürgerhaus führen zur Frage nach Kooperationen und Zusammenarbeit. Vielfach geht es um die Frage, welche Rolle die Kirche im Gemeinwesen spielt oder spielen könnte. All dies wird stichwortartig protokolliert.

Spannend sind die Gespräche auf dem Weg von Ort zu Ort. Wir haben sie „Geh-sprache“ genannt. Hier kommt es

zu einem informellen Austausch über das Gesehene. Der Spaziergang endet mit einer Abschlussrunde und einem Segen.

Wichtig ist uns ein *Nachgespräch* im Kirchenvorstand nach ca. 2 bis 4 Wochen geworden. Wir bitten um eine Einheit von 45 min, zu der wir in den Kirchenvorstand kommen und gemeinsam mit ihm das Erlebte bündeln. Zu diesem Gespräch erhalten die Mitglieder des KVs und die Gäste ein „Wortprotokoll“ des Spaziergangs in übersichtlicher Form und von uns erstelltes Zusatzmaterial. Darin enthalten sind Daten zur Sozialstruktur der Kommune im Vergleich zu einer anderen Kommune (idealerweise aus dem Nach-



barschaftsraum). Dank des Referats Sozialforschung und dem Tool webGis sowie weiteren Adressen aus der Sozialforschung erhalten die Gemeinden so einen kurz und knapp zusammengefassten Überblick über ihre Gemeindeglieder und den Sozialraum. Auch zwei der häufigsten Milieubeschreibungen des SINUS-Institutes werden gelistet.

Beim Nachgespräch beginnen wir bei der Erinnerung der KVs: Was ist hängen geblieben, was war eindrücklich? Dieses Blitzlicht wird am Ende des Abends eine Rolle spielen, weil oft schon hier die Ansatzpunkte für eine Weiterarbeit zu finden sind. Das Protokoll ist Grundlage für

ein Gespräch über Anknüpfungspunkte für die Arbeit und Kooperationen. Deswegen ist auch wichtig zu fragen: Mit wem können wir bei diesem oder jenem Thema etwas gemeinsam tun? Wer ist außer uns beteiligt? Ist das Thema ein gemeinsames im Nachbarschaftsraum?

Dazu gehört auch das Wahrnehmen: Welche Ressourcen haben wir? Was ist unsere Arbeitsweise? Wo sind wir stark? Am Ende soll das Gespräch dazu führen, sich als Gremium bewusst zu werden, wie diese Stärken die Kommune und den Nachbarschaftsraum bereichern können.

Die Entdeckungen können dabei ganz vielfältig sein: Unsere „Pioniergemeinde“ hat die Entdeckertour zur Teambildung direkt zu Beginn der Amtszeit genutzt und sich als Gremium quasi selbst entdeckt. Eine andere Gemeinde wurde sich auf der Tour ihrer „Quellen“ bewusst und hat diese Entdeckung gleich in eine „Taufe an der Quelle“ überführt. Einer weiteren Gemeinde hat die Entdeckertour wichtige Perspektiven für die Bildung von Nachbarschaftsräumen eröffnet und sie konnte klar, gestärkt und sicher ins erste Steuerungsgruppentreffen gehen.

In einer Gemeinde nutzt der Kirchenvorstand die Entdeckertour für die gemeindliche Kommunikation: Hier wurden Gruppen und Kreise, aber auch die einzelnen Gemeindeglieder eingeladen, ebenfalls auf Entdeckertour zu gehen. Mit Hilfe der App „Actionbound“ konnten sich die Menschen beteiligen und – geführt von der APP – eine eigene Gemeinde-erkundung machen.

➔ www.actionbound.com/bound/
Entdeckerspaziergang

Die Entdeckungen sind durch die App dokumentiert und stehen dem Kirchenvorstand im Nachgespräch zur Verfügung. Durch die App kann jede und jeder eine Entdeckertour für sich machen. Man braucht nur zwei Dinge: Erstens ein Smartphone und zweitens die kostenfreie App „Actionbound“.

Hier der QR-Code:



➔ www.vorderer-odenwald-evangelisch.ekhn.de



PARKING DAY: DIE PARKPLÄTZE VOR DEM GEMEINDEHAUS WURDEN ZU EINER BEGEGNUNGSFLÄCHE, WO MITGLIEDER DER RINGKIRCHENGEMEINDE UND PASSANT*INNEN GEMEINSAM ÜBERLEGTE, WIE MAN DIE MOBILITÄT IM VIERTEL BESSER GESTALTEN KÖNNTE.

E-Lastenrad angeschafft: Flyer und Plakate ausfahren, Besorgungen machen oder das Rad als mobilen Infostand nutzen – Vieles ist jetzt klimaneutral möglich. Die Mitarbeiterin des Evangelischen Stadtjugendpfarramts, wo das Rad seinen festen Standort hat, möchte das Lastenrad auf keinen Fall mehr missen: „Ich nutzte das Rad fast täglich für Dienstfahrten und bin oft schneller als mit dem Auto. Es ist wichtig hier auf Alternativen zu setzen“, sagt Uta Chessa-Barth.

„Gemeinden, die über die Anschaffung eines Lastenrades nachdenken, können das Dekanatsrad ausleihen und vorab testen“, erläutert Nicole Nestler. „Wir wollen auch anderen Institutionen und vor allem den Kirchengemeinden Mut machen, ebenfalls das eigene Mobilitätsverhalten zu überprüfen.“ Die Ringkirchengemeinde hat von diesem Angebot bereits Gebrauch gemacht. Jedoch wäre der Personenkreis der Nutzer*innen aktuell noch zu klein. „Sich mit einem Lastenrad im Wiesbadener Stadtverkehr zu bewegen, erfordert schon ein gewisses Maß an Übung“, so Margarete Geissler, Pfarrerin der Ringkirche. „Die Radinfrastruktur in Wiesbaden muss sich einfach weiterentwickeln und Radfahren

muss sicherer werden“, findet Geissler, die selbst bereits viel mit dem Rad unterwegs ist.

Um die Öffentlichkeit weiter für das Thema zu sensibilisieren, haben Ringkirchengemeinde und Fachstelle in diesem Jahr gemeinsam den Internationalen Park(ing) Day organisiert. Die Parkplätze vor dem Gemeindehaus verwandelten sich zu einer Begegnungsfläche: Auf Rollrasen und bei Kaffee und Keksen trafen sich Anwohner*innen und Passanten und haben überlegt, wie man die Mobilität im Viertel besser gestalten und wie Flächen gerechter verteilt werden können. Vision ist dabei immer, öffentliche Räume nicht nur vom Auto aus zu denken. Auf einem Stadtplan, der die Straßen rund um die Ringkirche zeigt, konnten die Besucher*innen Fähnchen mit ihren Wünschen anpinnen, etwa wo besser Radwege entstehen sollten, Car-Sharing-Parkplätze, Tempo-30-Zonen und vieles mehr. Im anschließenden Design-Thinking Workshop wurden dann noch jede Menge weitere Projekte entwickelt. Auch der Wunsch nach Lastenrädern zum Verleih stand dann wieder auf einigen Pinwänden. ■

➔ www.dekanat-wiesbaden.de



Mut zur Veränderung. Auf dem Weg zur klimaverträglichen Ernährung



Der Klimawandel ist die große gemeinsame Herausforderung unserer Zeit. Besucherinnen und Besucher des Wochenendseminars „Auf dem Weg zu einer klimaverträglichen Ernährung“ im Haus am Maiberg in Heppenheim nahmen ihre eigenen Essgewohnheiten in den Blick und probierten Neues aus.

von: Sabine Allmenröder, Ev. Dekanat Bergstraße [☞ sabine.allmenroeder@ekhn.de](mailto:sabine.allmenroeder@ekhn.de)

Das Seminar startete mit einer Selbsterkundung. Die Teilnehmenden sprachen in Kleingruppen über ihre Essgewohnheiten in der Kindheit und überlegten, wie und ob sich diese im Erwachsenenalter verändert haben. Ihren eigenen CO₂-Fußabdruck ermittelten sie mithilfe eines Erfassungsbogens von BROT FÜR DIE WELT mit zum Teil unerwarteten Erkenntnissen. „Ich bin sehr erstaunt, wie hoch schon meine Grundlast durch Straßennutzung und das Wohnen in einer großen Altbauwohnung ist!“, so ein Teilnehmer.

Globale Sicht auf Ernährung und Ernährungsethik

Dr. Maren Heincke, Referentin für den ländlichen Raum im ZGV, sprach über die Welternährungssituation sowie über Ernährungsethik. Die weltweite Ernährungssicherheit ist durch den Klimawandel, die Corona-Pandemie, Kriege und Ressour-

ce- und Bodendegradierung bedroht. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Lebensmitteln, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Ein Grund dafür ist das erhebliche Wachstum der Weltbevölkerung von derzeit 8 Milliarden Menschen auf knapp 10 Milliarden Menschen im Jahr 2050. Zusätzlich ist der sehr stark gestiegene Konsum an Fleisch und Milchprodukten ein wichtiger Treiber der Übernutzung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft. Während der letzten 60 Jahre hat sich die Fleischproduktion verfünffacht und die Milchproduktion verdoppelt. Folgen davon sind Bodenzerstörung, Biodiversitätsverluste, Übernutzung des Trinkwassers sowie Landnutzungsänderungen durch Regenwaldrodungen, Moorentwässerung und Umbruch von Steppen. Das Zeitalter des Anthropozäns ist geprägt von einer riesigen Weltbevölkerung samt Milliarden an Nutztieren. Bei den Säugetieren machen Menschen 36 Prozent aus, Haustiere 60 Prozent und

Wildtiere nur noch 4 Prozent. Bei den Vögeln sind 30 Prozent Wildvögel, 70 Prozent Nutzgeflügel. Das Wohl und die Gesundheit der Menschen hängt elementar ab von einem guten Zustand der Umwelt sowie einer guten Tiergesundheit („Planetary Health“). Beispiele für diesen engen Zusammenhang sind Zoonosen sowie Antibiotikaresistenzen. Im Bereich der Ernährungsethik sind deshalb ganzheitliche Betrachtungsweisen notwendig. Die Themenkomplexe Gesundheit, Ökonomie, Ökologie, Kultur sowie Soziales müssen gemeinsam ethisch adressiert werden. Leitbilder sind u. a. Gerechtigkeit, Ressourceneffizienz, Wertschätzung für Lebensmittel und ihre Produzenten, eine Ethik des Genug.

Für Felicitas Schreiber und Bettina Sommerfeld, Referentinnen für Ernährung und Verbrauch vom Landfrauenverband Hessen, kann es für die weltweite Ernährungssicherung nur eine Lösung geben:



Das Buffet wird aufgebaut am Haus der Kirche



Rotes Höhenvieh in der Rheinebene



Oben: Rotes Höhenvieh in Bickenbach
Unten: Besucherinnen und Besucher des Seminars



Oben: Gruppenarbeit im Haus der Kirche
Unten: Marktgarten von Lola Allmenröder

„Wir werden viel pflanzlicher, weitgehend ohne tierische Erzeugnisse und mit vielen Hülsenfrüchten kochen müssen, wenn in Zukunft über acht Milliarden Menschen satt werden sollen, ohne dabei die Erde zu zerstören und in den Klimakollaps zu geraten.“

Monika Gerz von der Karl-Kübel-Stiftung in Bensheim berichtete über Faire Lieferketten und wie wichtig nachhaltige Produktion auch aus der Perspektive des Globalen Südens ist.

Der Begriff ‚fairer Handel‘ steht zunächst für eine ökonomisch und sozial gründlich geplante und verträgliche Produktions- und Verkaufskette. Bedingung ist, dass die Produzierenden so viel an ihren Waren (wie Kleidung und Lebensmitteln) verdienen, dass sie davon leben können.

Teilnehmende Organisationen wie die Fair-Handels-Organisation GEPA sorgen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bei den Handwerkern, Textilarbeiterinnen und Bauern, die für sie arbeiten: Kinder- und Zwangsarbeit sind verboten; es gibt angemessene Unterkünfte, hygienische Versorgung und eine ordentliche Bezahlung der Arbeitskräfte. Gemeinsam mit den Handelspartnern werden die Gemeinschaften weiterentwickelt, z. B. durch den Bau von Brunnen, Schulen und Veredelungsbetrieben. Fairer Handel berücksichtigt auch zunehmend nachhaltige Anbaumethoden und schützt damit die Gesundheit der Arbeiter*innen und Tiere und Pflanzen in den Produktionsländern.

Solange es noch kein funktionierendes Lieferkettengesetz gibt, das auch die Auftraggeber im globalen Norden in die Verantwortung für ungerechte Produktionsbedingungen nimmt, können Verbraucher beim Einkaufen nur selbst darauf achten, dass faire Produktionsbedingungen eingehalten werden.

Und dann wird es praktisch

Im weiteren Verlauf des Seminars berichteten verschiedene Praktiker und Praktikerinnen aus ihren Arbeitszusammenhängen.

So berichtete die Bio-Landwirtin Nicole Denk von den Herausforderungen der nachhaltigen Milch- und Fleischerzeugung im Odenwald. Dort ist es vielerorts für Acker- und Gemüsebau zu steil und steinig, Nahrungsmittel-Erzeugung geht nur mit Weidetieren.

Gärtnerin Lola Allmenröder stellte das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft anhand ihres Gemüse-Marktgartens vor und berichtete von der Unterstützung durch die Ökomodellregion Süd Hessen. Die Ökomodellregion Süd Hessen ist die größte der 13 hessischen Modellregionen für Ökolandbau und nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung. Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fördert seit 2019 und noch bis 2026 in diesen Regionen den Ökolandbau und das Angebot an bioregionalen Lebensmitteln. Mit dazu gehören die Landkreise

Darmstadt-Dieburg und Odenwald, die das Projekt angestoßen haben, die Landkreise Groß-Gerau und Bergstraße sowie die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Mitarbeitende der Geschäftsstelle unterstützen Betriebe bei der Umstellung auf bio, organisieren Fach- und Informationsveranstaltungen und bauen regionale Lieferbeziehungen auf.

Bettina Fay von der Initiative „Hundert Pro Rind“ betreibt seit Jahren nebenberuflich Landschaftspflege und Direktvermarktung mit Rotem Höhenvieh. Sie weidet ihre Tiere in der Rheinebene auf Flächen, die nicht entwässert werden und im Frühjahr und Herbst nass und sumpfig sind. Damit bilden sie wichtige Wasser-Rückhalte-Flächen und speichern CO₂. Bettina Fay berichtete enttäuscht vom schlagartigen Einbruch ihrer Rindfleisch-Direktvermarktung nach Ausbruch des Ukraine-Krieges im Februar. „Die Menschen haben Angst vor Inflation und Rezession und greifen sofort wieder ausschließlich zum billigsten Angebot“, so ihr trauriges Fazit.

Gerd Müller, der in seinem Betrieb „Gerds Saftladen“ Säfte aus regionalem Obst und Gemüse erzeugt, trägt mit seinem Engagement dazu bei, dass an der Bergstraße und im angrenzenden Odenwald Streuobstwiesen erhalten bleiben, die sonst längst aufgegeben und nicht mehr gepflegt würden. Sie sind Heimat für viele wertvolle Tier- und Pflanzengesellschaften.

Klimaschutz geht durch den Magen

Abgerundet wurde das Seminar durch die klimafreundliche Gestaltung der Mahlzeiten: Pfr. i. R. Dirk Römer bot den Teilnehmenden eine Linsensuppe an, die er zuvor in einem CO₂-neutralen African-Clean-Energy-Kocher gekocht hatte, und das gemeinsame Abendessen wurde aus geretteten Lebensmitteln hergestellt.

Das Wochenendseminar wurde organisiert von Titus Möllenbeck, Bildungsreferent der Katholischen Akademie Haus am Maiberg, und Sabine Allmenröder, Referentin für gesellschaftliche Verantwortung im Evangelischen Dekanat Bergstraße. ■

➔ www.dekanat-bergstrasse.ekhn.de

Wirtschaftsinitiative Hessen schreitet in großen Schritten voran

Die im Jahr 2021 gestartete Wirtschaftsinitiative des Landes Hessen (WIN) nahm 2022 an Fahrt auf. Am 3. Mai 2022 fand zum ersten Mal die Jahreskonferenz der WIN in Wiesbaden statt. Schwerpunktthema war der European Green Deal. 120 interessierte Wirtschaftende aus Unternehmen, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kommunalverwaltungen, Kirchen und Hochschulen waren der Einladung gefolgt, um in den gemeinsamen Austausch zu treten und Impulse für nachhaltiges Wirtschaften zu diskutieren.

Bei einem Podiumsgespräch mit der Hessischen Umweltministerin, Priska Hinz, tauschten sich Mitglieder des Lenkungsgremiums der Wirtschaftsinitiative und Charta-Unterzeichner zu nachhaltigem Wirtschaften als Chance aus. Auch Dr. Jennifer Achten-Gozdowski vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung war auf dem Podium und warb für ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit mit ökologischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Dimension.

Seit dem Herbst 2022 ist zudem auf der Homepage der Wirtschaftsinitiative



der sogenannte „Atlas nachhaltiges Wirtschaften“ freigeschaltet, der kontinuierlich erweitert wird. Hier kann man sich über konkrete Schritte und Umsetzungen derjenigen Institutionen informieren, die sich der Charta der Wirtschaftsinitiative verpflichtet haben. ■

➔ www.nachhaltiges-wirtschaften-hessen.de

ZUR WIRTSCHAFTSINITIATIVE

Die Wirtschaftsinitiative wurde 2019 als Schwerpunktthema der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen beschlossen. Sie soll helfen, nachhaltiges Handeln in den hessischen Unternehmen vor Ort zu verankern und dient als Plattform für Diskurse, konkrete Angebote sowie Initiativen in diesem Bereich.

Nachhaltigkeit konkret! Impulse aus Unternehmen und Kirchen



Eine gesellschaftliche Kultur der Nachhaltigkeit zu entwickeln, gehört zu den großen Herausforderungen der Gegenwart. Was aber heißt das konkret? Unternehmen und Kirchen haben unterschiedliche gesellschaftliche Aufgaben

und Rollen. Es stehen ihnen daher auch unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung, gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

Impulse und Praxisbeispiele aus Unternehmen und Kirchen veranschaulich-

ten bei einer Veranstaltung im Haus der Wirtschaft in Darmstadt, wie sich die jeweiligen Rollen gesellschaftlicher Akteure sinnvoll ergänzen können. Hierzu entfalteten Dr. Jennifer Achten-Gozdowski (ZGV), Dr. Ralf Stroh (ZGV) und Claus Lau (Vorsitzender Unternehmerverband Südhessen e. V.) je eigene Zugänge.

Dabei zeigte sich: Gerade die unterschiedlichen Rollen, in denen gesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen wird, können dazu führen, dass sich Chancen und Möglichkeiten produktiv ergänzen, anstatt sich gegenseitig zu blockieren. Das gilt nicht zuletzt für eine gesellschaftliche Kultur der Nachhaltigkeit. ■

Den Riesen wecken – Agenda 2030 und die Kirchen

2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 beschlossen und darin 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung festgelegt. Welche Rolle die Kirchen in diesem Prozess spielen können, war Thema eines ersten ökumenischen Nachhaltigkeitskongresses im Erbacher Hof in Mainz. Zu der ökumenischen, bistums- und landeskirchenübergreifenden Fachkonferenz hatten christliche Kirchen und Gemeinden im Raum Rhein-Main eingeladen.

Bei der Tagung mit dem Titel „Den Riesen wecken“ wurde darüber diskutiert, wo die Kirchen aktuell stehen, welche praktischen Anknüpfungspunkte es gibt und wie die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main funktionieren kann.

„Die 17 Ziele der Agenda 2030 wollen nicht weniger als eine Transformation dieser Welt“, bemerkte Dr. Johannes Bremer, Studienleiter der Katholischen Akademie Erbacher Hof, in seiner Begrüßungsrede. Das freilich könne nur gelingen, wenn auch die Kirchen mitzögen.

Wie dies in der Praxis geschehen könnte, war Thema des Impulsvortrags von Dr. Thomas Bruhn, Forschungsgruppenleiter am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam. Die 17 Ziele der Agenda 2030 bezeichnete

Dr. Bruhn als Korridor, innerhalb dessen sich die Zivilisation weiterentwickeln müsse. „Wachstum ja, aber kein ausbeuterisches, sondern ein gemeinsames Gedeihen“, so die Zukunftsvision des Referenten. ■



Im „kleinen Schwarzen“ durch die Region

Seit Kurzem steht „das kleine schwarze“ vor der Tür des Hauses der Kirche und Diakonie: Ein vollelektrischer Renault Zoe. Den wird das Evangelische Dekanat Rheingau-Taunus für zwei Jahre testen.

„Ein Auto, das CO₂-neutral und ganz ohne Abgase fährt, für Dekanatsfahrten zu nutzen, leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz“, so Pfarrerin Heike Beck, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung.

Ein weiterer Vorteil eines E-Autos: Es habe geringere Wartungskosten, „da es weniger Verschleißteile gibt als beim Benziner oder Dieselfahrzeug.“ Diese Erwägungen haben dazu geführt, dass sich die Leitung des Dekanats dafür entschieden hat, für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwei Jahre lang ein E-Fahrzeug zu leasen. Gefördert wird das Projekt vom Zentrum für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN).

Miriam Heil vom Zentrum (Referat Umwelt und Digitale Welt) ist froh, dass

dem Dekanat Rheingau-Taunus die Realisierung des Projektes gelungen ist: „Insbesondere im ländlichen Raum ist es sehr schwierig, auf das Auto zu verzichten. Daher ist nach momentanem Stand die Entscheidung für ein E-Fahrzeug aus Klimaschutzperspektive sehr sinnvoll und setzt ein deutliches Zeichen für das Denken in Alternativen“, so Heil. ■

von: Christian Weise, Öffentlichkeitsarbeit
des Ev. Dekanats Rheingau-Taunus



Foto v.l.n.r.: Dekan Klaus Schmid,
Heike Beck, Miriam Heil

Initiative „5 Wochen für Bäume“



In der Zeit vom 21. März 2022 (UN-Tag des Waldes) bis zum 25. April 2022 (UN-Tag des Baumes) rief das „Abrahamische Forum“ mit der Initiative „5 Wochen für Bäume“ erstmals dazu auf, möglichst viele Bäume zu pflanzen. Bäume spielen in vielen Religionen eine große Rolle. Aus den Abrahamischen Religionen kennen wir beispielsweise den Paradiesbaum. Im Judentum wird zudem TuBischwat, das Neujahrsfest der Bäume, gefeiert. Aleviten

pflanzen einen Baum vor jedem ihrer Cem Häuser und Buddha hat unter einem Baum die Erleuchtung erlangt und dazu angeregt, dass Mönche unter einem Baum meditieren.

Bei der Eröffnungsveranstaltung in Seeheim-Jugenheim kamen Vertretungen aus neun Religionsgemeinschaften und dem Naturschutz zusammen. Nach einem interreligiösen Gottesdienst gab es Lesungen und Impulse, die die Be-

deutung des Baumes in den Religionen herausstellten. Danach folgte ein symbolischer Spatenstich für einen neu zu pflanzenden Baum. Hier legten die Vertretungen der Religionen Kieselsteine mit dem Symbol ihrer Religionen ab.

Das ZGV ist Mitglied in diesem bundesweiten Forum. ■

Kurzlink: t1p.de/adt06

In Liebe teilen und gemeinsam Gutes bewirken

Die Aktion „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ wurde für das Jahr 2022 von den beiden Landeskirchen EKHN und EKKW in der Kirchengemeinde Steinheim/Main eröffnet. Pfarrerin Heike Zick-Kuchinke und ihre Konfirmandinnen und Konfirmanden beteiligen sich seit acht Jahren an der Aktion. Insgesamt wurden zum zehnten Mal Brote zugunsten von internationalen Kinder- und Jugendbildungsprojekten gebacken – diesmal für Projekte in Malawi, Myanmar und Paraguay.

Bei der bundesweiten evangelischen Aktion „5000 Brote“ öffnen Bäckerbetriebe ihre Backstuben. Dort erhalten



Jugendliche Einblicke in das Bäckerhandwerk und beschäftigen sich mit der Lebenswelt von Heranwachsenden in anderen Ländern und Kulturen. Dekan Held griff in seiner Eröffnungspredigt diesen Gedanken auf: „Wo Menschen in Liebe teilen, ergibt eins plus eins nicht zwei, sondern es reicht für alle.“

Die Idee für „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ entstand im Jahr 2012 in Kooperation der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evan-

gelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und des Bäckerinnungsverbands Hessen auf Initiative des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (EKHN). Sie war so erfolgreich, dass sie mittlerweile von allen Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) durchgeführt wird und jährlich stattfindet. Hauptaktionszeitraum ist immer zwischen Erntedank und erstem Advent. ■

www.5000-brote.de



Ausbildungsnetzwerk st.ar.k beendet nach über 20 Jahre seine Tätigkeit

Seit 1998 haben ehrenamtliche Patinnen und Paten des Netzwerks st.ar.k mit Unterstützung der evangelischen Kirchengemeinden, Dekanate und Kommunen Jugendliche im Übergang von Schule ins Berufsleben in Südhessen unterstützt. Sie haben ihre Berufserfahrungen und Kontakte in die Berufswelt genutzt, um jungen Menschen den Start in die Berufswelt zu erleichtern.

Was in Weiterstadt begann, zog weitere Kreise über Groß-Umstadt, Babenhäusen, Reinheim, Messel, Seeheim, Ober-Ramstadt, Dieburg, Birkenau, Riedstadt und Darmstadt. Überall gab es Gruppen mit ehrenamtlichen Patinnen und Paten, die sich für eine gewisse Zeit für Jugendliche engagierten. Begleitet wurden sie durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und dem Unternehmerverband Südhessen.

Das Netzwerk st.ar.k übernahm die Funktion, die lokalen Gruppen zu unterstützen sowie gemeinsame Qualifizierungs-



Von links nach rechts: H. Miehe, A. Kreh, A. Claar-Kreh, I. Jost-Göckel, S. Goll, W. Porstein, D. Brombach, H. Hellwig, C. Dittrich, R. Selzer-Breuninger. Foto: Leyli Akbarie

angebote für die Ehrenamtlichen anzubieten. In regelmäßigen Austauschtreffen wurden gute Ideen und Tipps weitergegeben. In den letzten Jahren stellten jedoch immer mehr lokale Initiativen ihre Arbeit ein. Deshalb entschloss sich jetzt auch das Netzwerk st.ar.k, seine Koordinierungsfunktion aufzugeben. Heike Miehe

vom Referat Arbeit & Soziales des ZGV und langjährige Geschäftsführerin des Netzwerks dazu: „Ein wirklich „starkes“ Projekt. Denn in dem Netzwerk haben Menschen ihre Talente und Kontakte genutzt, um vor Ort Jugendliche bei der Berufsfindung zu unterstützen. Dafür gilt den Ehrenamtlichen unser großer Dank.“ ■

Netzwerk Gemeinwesendiakonie und Quartiersarbeit gegründet

In einer digitalen Veranstaltung mit insgesamt 50 Teilnehmenden wurde am 16. November 2022 ein neues Netzwerk für Gemeinwesendiakonie und Quartiersarbeit in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland gegründet. Die Teilnehmenden, die sich in der Veranstaltung auch mit Erfolgsfaktoren sozialräumlicher Arbeit und mit sozialer Ungleichheit auseinandersetzten, kamen insbesondere aus diakonischen Einrichtungen, Dekanaten und Kirchengemeinden.

Mit dem Netzwerk wird eine gemeinsame regionale Plattform für Projekte, Ideen und Erfahrungen aus der Gemeinwesen- und Quartiersarbeit für Aktive aus Kirche und Diakonie geschaffen. Bereits in der Gründungsver-

anstaltung konnten die Teilnehmenden neue Gemeinwesenprojekte und ihre Akteur*innen kennenlernen. Neben Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Veranstaltungen soll durch das Netzwerk



Gemeinwesendiakonie
NETZWERK
Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

für die Diakonie Hessen und Stefan Heinig vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung mit. Beide können angesprochen werden, um konkretes Interesse und Bedarfe weiterzugeben oder Teil des Netzwerkes zu werden. Die Mitwirkung im Netzwerk kann gerade für Nachbarschaftsräume hilfreich sein, denen Sozialraumorientierung und Gemeinwesendiakonie in ihrer gemeinsamen Arbeit wichtig ist. ■

☞ Kontakt: s.heinig@zgv.info

auch die Sprach- und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Kommunen und Landespolitik gestärkt werden.

Im Sprecher*innenkreis des Netzwerkes wirken unter anderem Uwe Seibel

Ökumenischer Schöpfungstag in Hofheim regt zum Nachdenken an

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Hessen-Rhein Hessen hat im September 2022 den zentralen ökumenischen Tag der Schöpfung im Evangelischen Kinder- und Familienhaus Langenhain gefeiert. Unter dem Motto „Verletzte Erde – gemeinsam handeln und heilen“ stand der Schutz der Erde im Mittelpunkt.

An zahlreichen Mitmach-Stationen konnten Kinder zum Beispiel mit Naturmaterialien basteln, frischen Apfelsaft pressen oder Eis-Berge schmelzen lassen. Diverse Informationsstände zum Thema Nachhaltigkeit sowie Kulinarisches vom Bio-Buffer rundeten das Programm ab.

Unter der Überschrift „Jetzt erzähle ich selber ...“ – sagt die Erde wurde ein ökumenischer Schöpfungsgottesdienst für alle Generationen mit Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, und Barbara Reutelsterz, zuständig für Schöpfungsverantwortung im Bistum Limburg, gefeiert. „Gott will nicht, dass Menschen



einander bekriegen und diese Welt zerstören. Gottes großer Gedanke über der Welt ist Frieden“, so Jung in seiner Predigt.

Gemeinsam pflanzten die Besucherinnen und Besucher zum Abschluss der Veranstaltung eine Silberlinde. ■

➔ www.schoepfungstag-hessen.de



„Ambivalenzen von Rassismus- und Antisemitismuskritik nachgehen“

Die multiperspektivische Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus war das Schwerpunktthema der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) am 11. und 12. No-

vember 2022 in der Evangelischen Akademie Frankfurt/Main.

Daniel Neumann, Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, betonte, dass sich Antisemitismus und Rassismus bei aller Unter-

schiedlichkeit da überschneiden, wo „Menschen zu Anderen gemacht werden“. Besonders der christliche Antijudaismus tradiere eine Identifikation des Judentums mit „Überlegenheit und dem Bösen“. Mit Blick auf die Verantwortung der Kirchen mahnte er zu einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus, die zuvorderst bei „den Nächsten“ beginnen müsse.

Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, sah die Kirchen ebenso als „Teil des Problems“, wengleich sie auch „eine Botschaft haben, die zur Lösung weisen kann“.

Das Forum fand statt in Kooperation mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der Evangelischen Akademie zu Berlin, der Evangelischen Akademie Frankfurt, dem Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ der ACK, gewaltfrei handeln e. V. und dem Projekt „Demokratie stärken“ im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau. ■

Mit Gottvertrauen wirtschaften und Krisen meistern



Alle zwei Jahre lädt die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer zu einem sommerlichen Abend in das Dominikanerkloster Frankfurt ein. 2022 widmete sich der Austausch dem Thema „Vertrauen“ in seinen vielfältigen Facetten – angesichts der anhaltenden Pandemie und des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine eine höchst aktuelle Fragestellung.

Den einleitenden Vortrag hielt Prof. Dr. Margot Käßmann unter dem Titel „Vertrauen wagen“. Darin erläuterte sie: „Jede Existenz braucht das Zutrauen, dass es



eine Zukunft gibt. Gerade Unternehmerinnen und Unternehmer wissen, dass nie alles im Gleichklang weiterläuft. Deshalb brauchen sie Mut.“

Diese Einschätzung teilte auch Unternehmensgründer und Coach Christoph Seipp beim anschließenden Podiumsgespräch, das von Kirchenpräsident Dr. Jung moderiert wurde. Für Seipp ist Vertrauen eine Grundvoraussetzung bei der Gründung eines Unternehmens.

Für Hessen-Nassaus Kirchenpräsident Volker Jung stellte sich aber gerade auch für Kirche die Frage, wie mit Vertrauenskrisen umzugehen ist. Vertrauen kann enttäuscht werden. Menschen, die etwa durch sexuelle Gewalterfahrungen das Vertrauen in Kirche verloren haben und auch zutiefst in ihrem Lebensvertrauen erschüttert wurden, müssen darauf vertrauen können, dass Kirche alles dafür tut, die Fälle aufzuklären. ■



Alles hat seine Zeit

„Alles hat seine Zeit – Zeit für Begegnung und Zeit für Abschied“ war das Motto des 3. Sommerfestes für Erwerbslose am 14. September 2022 im ZGV. Über 100 Gäste nutzten den Nachmittag für Gespräche und Austausch, aber auch, um sich von Marion Schick, Referentin für Arbeit & Soziales im ZGV, zu verab-

schieden. 29 Jahre lang stand sie in der EKHN für die Themen Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik. „Die Menschen lagen ihr am Herzen und es war ihr immer ein Anliegen, sich für andere und vermeintlich Schwächere mit viel Empathie und Zuneigung einzusetzen“, so der Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung OKR Pfarrer Christian Schwindt im Gottesdienst anlässlich der Verabschiedung von Marion Schick.

Vielen Menschen in der Ev. Kirche in Hessen und Nassau ist Marion Schick durch Veranstaltungen für Erwerbslose wie Kulturseminare, als Vorsitzende der Vergabekommission „Arbeit & Qualifizierung“ oder durch ihre Arbeit im Bündnis Soziale Gerechtigkeit Hessen bekannt. Die Gäste des Sommerfestes verabschiedeten sie jetzt mit viel Applaus und einer gehörigen Portion Wehmut in den Ruhestand. Den Schlusspunkt des Sommerfestes setzte das Duo „Kabbaratz“ aus Darmstadt. Gesellschaftspolitische Themen verpackte es mit viel Witz und Charme und auch „den Ruhestand“ sparten sie nicht aus. ■



Betriebsbesuche mit Kirchenpräsident Dr. Volker Jung



Zweimal im Jahr organisiert das ZGV für den Kirchenpräsidenten der EKHN, Dr. Volker Jung, Besuche in Unternehmen. In diesem Jahr ging es zu AKASOL in Darmstadt und zur Friedhelm Loh Group in Haiger.

Betriebsbesuch 1: Vom Start-up zur Gigafactory

Elektromobilität gilt als Zukunftstechnologie für die Verkehrs- und Energiewende. Mit ihr soll der CO₂-Ausstoß reduziert und ein großer Beitrag zur Klimaneutralität und zum Klimaschutz geleistet werden. Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, besuchte den E-Batteriehersteller Akasol in Darmstadt, der Hochleistungs-Lithium-Ionen-Batteriesysteme für Busse, Schienenfahrzeuge, Baumaschinen, Flugzeugschlepper und Schiffe herstellt.

Sven Schulz, ehemaliger Geschäftsführer und Gründer von Akasol, zeigte Dr. Jung bei einem Rundgang die fast vollständig automatisierten Produktionslinien in der „Gigafactory“. Bei voller Auslastung können dort Batteriesysteme für über 10.000 Nutzfahrzeuge pro Jahr gefertigt werden, die beispielsweise in Elektrobusen des Darmstädter Verkehrsbetriebs HEAG Mobilo verbaut sind.

Im Sinne der Nachhaltigkeit entwickelt Akasol gemeinsam mit der Fraunhofer-Einrichtung für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS Verfahren, wie

mehr Wertstoffe aus den Altbatterien zurückgewonnen werden können. Darüber hinaus werden Lösungen für die Wiederverwertung alter Batterien gesucht.

Auch Kirchenpräsident Jung liegt der Nachhaltigkeitsgedanke sehr am Herzen: „Wir müssen unseren ökologischen Fußabdruck möglichst klein halten und uns für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen. Für mich ist dies auch im christlichen Verständnis begründet, dass diese Welt Gottes Schöpfung ist und Menschen den Auftrag haben, sorgsam mit ihr umzugehen und sie für nachfolgende Generationen zu bewahren.“



Betriebsbesuch 2: Kirchenpräsident zu Gast bei der Loh-Group

Digitalisierung, De-Globalisierung, Fachkräftemangel: Zu einem Besuch und offenen Austausch besuchte der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Dr. Volker Jung, die Zentrale der Friedhelm Loh Group in Haiger und traf Inhaber und Vorstandsvorsitzenden Prof. Friedhelm Loh. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Frage: Wie gehen große mittelständische Unternehmen mit den Herausforderungen der Zeit um und welche Chancen und Perspektiven ergeben sich daraus für die Menschen, die Region und den Industriestandort?

Veränderung durch Digitalisierung ist alternativlos

„Digitalisierung ist in der Industrie gerade in den heutigen Zeiten alternativlos“, sagte Prof. Friedhelm Loh mit Blick auf Fachkräftemangel und die Notwendigkeit, wirtschaftlich an Standorten in Europa zu produzieren, um die Abhängigkeit von volatilen Lieferketten rund um den Globus zu reduzieren: „Wir haben beim Aufbau und Hochlauf unserer smarten Industrie-

4.0-Produktion bei Rittal in Haiger viel gelernt. Unsere Mitarbeiter haben harte Pionierarbeit geleistet. Die Erfahrungen teilen wir jetzt mit unseren Kunden und Partnern.“

Kirche sucht Dialog mit Firmen

„Sehr beeindruckend und ein gutes Beispiel für die Übernahme von Verantwortung für die Region und ihre Menschen“, nannte Kirchenpräsident Dr. Volker Jung die digital integrierte Fertigung im Herzen von Mittelhessen: „Wir suchen als Kirche immer den Dialog mit den Institutionen, die den Lebensraum der Menschen gestalten. Dazu gehört der größte Arbeitgeber der Region, die Friedhelm Loh Group. Mit den Investitionen in den Standort Hessen eröffnen sich Chancen und Perspektiven für Familien, Nachwuchsfachkräfte, aber auch zugezogene Berufstätige – und die Region als Wirtschaftsstandort insgesamt.“ Eben diese Perspektiven im Familienunternehmen böten Sicherheit und Stabilität, ein Wert an sich gerade in schwierigen Zeiten. „Die Menschen in der Friedhelm Loh Group sind nicht nur Mit-

arbeiter. Sie sind auch Mütter, Väter, Töchter und Söhne. Viele pflegen Familienangehörige und engagieren sich sozial in ihren Gemeinden. Unternehmer müssen sich gerade jetzt bewusst sein, dass sich ihre Verantwortung auf ganze Familien und ihre Lebenswelt auswirkt“, sagte Prof. Friedhelm Loh.

Betriebsrat: „Die Mitarbeiter im Blick haben“

Das Miteinander innerhalb der Gruppe, in den Teams ebenso wie zwischen Unternehmensführung und Betriebsräten betonte auch Markus Betz, der bis vor Kurzem über 12 Jahre hinweg Betriebsratsvorsitzender von Rittal Herborn und zuletzt auch Vorsitzender des Konzern-Betriebsrats war: „Für uns zählt, dass alle Maßnahmen für die Ausrichtung des Unternehmens auf die Zukunft immer den Mitarbeiter im Blick haben.“ ■

Personelle Veränderungen im ZGV



Seit März 2022 arbeitet **Katharina Adams** als Jugendbildungsreferentin im ZGV. Eine Aufgabe von Frau Adams (M.A. Interkulturelle Kommunikation und Bildung) im ZGV ist die inner- und außerkirchliche und überregionale Netzwerkbildung zu Fragen der Nachhaltigkeit und der Digitalisierung im Kontext jugendpolitischer Bildung.



Seit Mitte Oktober 2022 ist **Cassandra Silk-Erb** wieder zurück im ZGV. Nach einem Jahr Erziehungszeit arbeitet die Geografin mit reduzierter Stelle wieder als Klimaschutzmanagerin im Referat Umwelt & Digitale Welt.



Die Diplom-Soziologin **Marion Schick** wurde am 14. September 2022 in den Ruhestand verabschiedet. 29 Jahre lang stand sie in der EKHN für die Themen Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik.



Am 21. Dezember 2022 wurde der Diplom-Soziologe **Michael Grunewald** nach 31 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Die letzten Jahre bearbeitete er das Themenfeld Digitale Welt.

BERUFUNGEN 2022

Dr. Maren Heincke

Landesbewertungskommission 2022 zum
37. Hessischen Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Kompetenznetzwerk für die ländlichen Räume Hessen

Regionaler Begleitausschuss
„GAP-Strategieplan in Hessen 2023–2027“

Regionaler Begleitausschuss
„GAP-Strategieplan in Rheinland-Pfalz 2023–2027“

Hessischer Tierschutzbeirat

Beirat Landeszentrale für Umweltaufklärung RLP

Beirat des BUND Rheinland-Pfalz,
Projekt „Boden schätze(n) – Flächen schützen“

Dr. Hubert Meisinger

Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz

Heike Miehe

Schlichtungsausschuss der EKHN

Dr. Julia Dinkel

Kirchlicher Fonds zur Arbeitsbeschaffung
(Arbeitslosenfonds der EKHN)

Katharina Adams

Mitglied im Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft Kinder
und Jugend der EKHN“ (AKJ)

OKR Christian Schwindt

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft für
Diakonische Einrichtungen (GfDE)

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragter für die Bundesallianz für den freien Sonntag:
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Lukas Spahlinger

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Miehe

Mitglied im Ausschuss Entwicklung in Europa:
Dr. Julia Dinkel

Vertretung der EKD beim Begleitausschuss zum nationalen GAP-Strategieplan (GAP: Gemeinsame Agrarpolitik der EU)

Dr. Maren Heincke

ADRESSEN

ZGV

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

www.zgv.info

LEITUNG



**Oberkirchenrat
Pfarrer Christian Schwindt**
Telefon: 06131 28744-41
c.schwindt@zgv.info

STELLVERTRETENDE LEITUNG



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Telefon: 06131 28744-44
j.achten-gozdowski@zgv.info

GESCHÄFTSFÜHRUNG



Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
h.muench@zgv.info



Silke Bergmann
Telefon: 06131 28744-31
s.bergmann@zgv.info

RAUMVERMIETUNG & VERANSTALTUNGSBETREUUNG



Silvia Zerfaß
Telefon: 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info



Maria da Silva
m.dasilva@zgv.info

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt
Telefon: 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info



Sachbearbeitung:
Annette Schwinn
Telefon: 06131 28744-43
a.schwinn@zgv.info

SEKRETARIATE



Birgit Benhard
Telefon: 06131 28744-46
b.benhard@zgv.info



Bianca Hahn
Telefon: 06131 28744-10
b.hahn@zgv.info



Ulrike Reinhart
Telefon: 06131 28744-54
u.reinhart@zgv.info



Silke Bergmann
Telefon: 06131 28744-31
s.bergmann@zgv.info



Dorothee Becker
Telefon: 06131 28744-36
d.becker@zgv.info



Julia Unser
Telefon: 06131 28744-32
j.unser@zgv.info

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Telefon: 06131 28744-44
j.achten-gozdowski@zgv.info



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
r.stroh@zgv.info

ARBEIT & SOZIALES



Heike Mieke
Telefon: 06131 28744-45
h.mieke@zgv.info



Dr. Julia Dinkel
Telefon: 06131 28744-55
j.dinkel@zgv.info

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
h.meisinger@zgv.info



Kathrin Saudhof
Klimaschutzmanagerin
Telefon: 06131 28744-52
k.saudhof@zgv.info



Miriam Heil
Telefon: 06131 28744-39
m.heil@zgv.info



Cassandra Silk-Erb
Telefon: 06131 28744-38
c.silk@zgv.info



Lukas Spahlinger
Telefon: 06131 28744-59
l.spahlinger@zgv.info

STADT- UND LANDENTWICKLUNG



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info



Stefan Heinig
Telefon: 06131 28744-33
s.heinig@zgv.info

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Katharina Adams
Telefon: 06131 28744-49
k.adams@zgv.info

PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“



Matthias Blöser
Telefon: 06131 28744-60
m.bloeser@zgv.info

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Redaktion:

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski,
Margit Befurt, Christian Schwindt

Gestaltung:

Holger Giebeler,
magascreen.com

Korrektorat:

Dr. Angelika Fallert-Müller

Druck:

Lautertal-Druck,
lautertal-druck.de

„Aus unserer Arbeit“ wird
auf Papier mit dem
Umweltsiegel „Blauer
Engel“ gedruckt

Auflage: 800

Bildnachweis mit Seitenangabe:

01 kranidi - stock.adobe.com,
AliciaFdez - stock.adobe.com,
S.H.exclusiv - stock.adobe.com,
Countrypixel - stock.adobe.com,
Jacob Lund - stock.adobe.com,
Yehuda - stock.adobe.com
04 kranidi - stock.adobe.com
06/07 picture alliance/empics | picture-alliance/
dpa | DB Ringier Bilderdienst
08 Svitlana - stock.adobe.com
08/09 Gina Sanders - stock.adobe.com
09 AliciaFdez - stock.adobe.com
10 kubko - stock.adobe.com
11 kubko - stock.adobe.com
13 S.H.exclusiv - stock.adobe.com
14/15 Olivier Le Moal - stock.adobe.com
17 Maren Busch, Katarina Ingenthron
18/19 M Grunenwald
20/21 silverkblack - stock.adobe.com
22 Countrypixel - stock.adobe.com
23 Gabriele Lindenborn,
Alice_D - stock.adobe.com

24 MARIMA - stock.adobe.com,
24/25 Frank Wagner - stock.adobe.com
26 Luisa Liebrau
27 Jacob Lund - stock.adobe.com
28/29 epd-bild/Christian Ditsch
30 Martina Berg - stock.adobe, Annette Claar-Kreh,
Anke Schemion, Silke Rummel
GalacticDreamer - stock.adobe
31 Axel Sawert, Andrea Wagenknecht
32 Andrea Wagenknecht
33 S. Allmenröder, Bettina Fay
34 S. Allmenröder, Roland Tichai
35 Thao Vu Minh, H. Mieke
36 Bistum Limburg, Christian Weise
37 Stephanie Krauch
38 Leyli Akbari
39 Nora Hechler, Siegfried Lustenberger
40 Rolf Oeser, M. Befurt
41 M. Befurt, Becker von Wolff
42 M. Befurt, Becker von Wolff
43 Becker von Wolff

Alle übrigen: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU